



# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2011



**Einkommen, Vermögen und Sozialhilfe**

**Gefahren von Diktaturen vermitteln**

**Was ist los in der Andreasstraße?**

**Aktuell**

- 3 Kaßberg als Gedenkstätte  
Gegen Vereinnahmung  
Für Glaubensfreiheit  
Kommentare

**Recht**

- 4 Was ist anrechenbar?
- 5 Kleine Anfrage zu großen Summen

**International**

- 6 Resolution der InterAsso
- 7 Für Menschenrechte in Nord-Korea

**Dokumentiert**

- 8 Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

**Thema**

- 10 2011 - Erinnerung an den Mauerbau

**Berichte**

- 12 Politisch verfolgte Schüler  
Psychiatrie als Waffe  
Richtigstellung
- 13 Werner-Ihmels-Gedenkvorlesung  
Offener Brief

**Verbände**

- 14 UOKG  
Buchenwald
- 15 Leserbrief  
Hohenschönhausen  
Sachsenhausen  
Suchanzeigen

**Service/Bücher**

- 16 Fluchhilfe  
Leipzigs wilde Zeit
- 17 Ulbrichts Mauer  
Der Weg zur Mauer  
Die Mauer
- 18 Workuta – Die Hölle um uns  
Buchtips
- 19 Film: Die Vergessenen

**Service/Veranstaltungen**

17-19

*Umschlagbild:*

*Nachbildung der Umriss eines Wachturms an der Berliner Mauer, Strelitzer Straße, Ecke Bernauer Straße – Teil des neueröffneten Gedenkstättenengeländes der Gedenkstätte Berliner Mauer.*

Foto: N. Radlitz

# Wer übernimmt den Laden?

Von Horst Schüler

„Es mehren sich die Anzeichen, dass die tierische Kreatur sich nicht mehr damit abfinden will, von den Menschen nach Belieben vernutzt, gezähmt, umgezüchtet, aus ihrem Lebensraum vertrieben oder allenfalls in einer menschlich dominierten Umgebung geduldet zu werden.“ So hieß es u. a. in einer angesehenen deutschen Zeitung, in der sich ein ebenso angesehener Journalist Gedanken darüber machte, ob nicht eines Tages mal Tiere der „Kontrolle des Homo sapiens entkommen“ um „schließlich den ganzen, von der menschlichen Rasse heruntergewirtschafteten Laden zu übernehmen.“ Und da unser Kalender nicht den 1. April anzeigte, muß besagter Schreiber sich wohl ernsthaft Sorgen in dieser Richtung machen.

Seine Befürchtungen sind nicht meine, doch in einem hat er recht: Wir sind kräftig dabei, die Gesellschaft, die wir noch immer „Demokratie“ nennen, herunterzuwirtschaften. Und wenn auch nicht gerade Vierbeiner darauf warten, diesen von uns selbst zerstörten Laden zu übernehmen, so stehen auf jeden Fall andere Figuren bereit, solche, die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit so gern mögen wie Borussia-Dortmund-Fans die Schalker. Ein paar Beispiele gefällig für unseren Leichtsinns?

Da schaffen wir es nicht, eine für alle Bundesländer geltende Schulordnung einzuführen (in Hamburg wird gerade im Rahmen einer neuen Reform das Sitzenbleiben untersagt, und die Schreibrift soll nach Möglichkeit auch nicht mehr gelehrt werden). Da werden in Großstädten Nacht für Nacht Autos in Brand gesteckt, die Täter allerdings seit Jahren nicht gefaßt. Sollte man aber wirklich mal einen Brandstifter stellen, dann wird sich bestimmt ein Richter finden, der „Du, Du!“ droht und es dabei beläßt. So wie es mit vielen dieser jugendlichen Schläger geschieht, die andere halbtot prügeln, zwei

Jahre auf ihren Prozeß warten, und dann zu ein paar Stunden sozialer Arbeit verurteilt werden, weil es ja mit der Menschenwürde unvereinbar sei, ihnen die Zukunft zu verbauen. Die Menschenwürde nimmt auch keinen Schaden, wenn ein verurteilter Kindesmörder auf finanzielle Entschädigung klagen darf und dann noch mit ein paar tausend Euro dafür belohnt wird.

Oder gehen wir mal zur Kultur. Charlotte Roche gehört ja auch zu deren gefeierten Trägern. Nicht genug der „Feuchtgebiete“, nun beschert sie uns ihre „Schoßgebete“, zu deren Höhepunkten selbstredend Analsex, Felatio, Oralverkehr oder flotte Dreier zählen. Und ähnlich treibt es eine achtzigjährige Dame, die uns ihre sexuellen Ausflüge als „Nacktbadestrand“ verkauft. Ach, Himmel, was versammelt sich da alles unter dem Zeichen der Kunst bei uns! Und was wundern wir uns eigentlich, wenn junge Menschen immer mehr Wertvorstellungen beiseite legen.

Am ärgsten allerdings geht es in der Finanzwirtschaft zu. Wir taumeln von einer Krise zur nächsten, hört man jedoch die Experten, von denen jeder ein anderes Mittel zu ihrer Lösung empfiehlt, dann möchte man sich am liebsten die Haare ausraufen. Derweil gefallen sich unsere Politiker in Rettungsmaßnahmen für die Wirtschaften anderer Länder, und das Ganze nennen wir Europapolitik.

Wir respektieren keine Polizisten mehr, Soldaten darf man weiter „Mörder“ nennen, im Internet kann sich jeder nach Lust und Laune austoben - genug, genug. Der Platz reicht längst nicht aus, aufzuzählen, wie wir unseren freiheitlichen Staat herunterwirtschaften. Die Demokratie, für die wir eingetreten sind, für die viele von uns ihr Leben gaben. Machen wir man getrost weiter. So undenkbar scheint es mir dann nicht mehr, daß wir eines Tages vor den Trümmern eines demokratischen Rechtsstaates stehen.

## Kaßberg als Gedenkstätte

(fp)Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, hat sich dafür ausgesprochen, daß die ehemalige Justizvollzugsanstalt auf dem Chemnitzer Kaßberg eine Gedenkstätte wird. Es sei wichtig, daß dieser überregional bedeutende Ort der DDR-Geschichte erhalten bleibt, sagte er nach einem Besuch am 22. August. Er könne sich zum Beispiel vorstellen, daß die Chemnitzer Außenstelle seiner Behörde mit ihrem Archiv dorthin verlegt wird. Jahn kündigte an, mit der Bundesregierung über diese Idee zu sprechen. Von 1963 bis 1989 waren auf dem Kaßberg ca. 33 000 Menschen inhaftiert. Die Haftanstalt war in der DDR für alle Häftlinge, die von der Bundesrepublik freigekauft wurden, die letzte Station vor der Entlassung in den Westen.

## Gegen Vereinnahmung von Extremisten Für Glaubensfreiheit

(st)Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat sich wenige Tage vor einem von der NPD geplanten Konzert in Gera noch einmal scharf gegen den Versuch der Vereinnahmung des demokratischen Widerstands in der DDR gewandt.

Mit dem Motto „Nie wieder Kommunismus – Freiheit für Deutschland“ sei das Konzert ein perverses, das Wort „Freiheit“ mißbrauchendes Spektakel. Die Hauptlösung der aufständischen Arbeiter am 17. Juni 1953 sei gewesen: „Wir wollen freie Menschen sein!“ Rechtsextremisten aber, ebenso wie Linksextremisten und die damaligen Machthaber in der DDR, würden die Werte der Demokratie und Freiheit mit Füßen treten. ■

(idea)Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat mit einer Unterschriftensammlung die sofortige Freilassung des in einer iranischen Todeszelle sitzenden Pastors Youcef Nadarkhani gefordert. Im September 2010 war er wegen angeblicher „Verbreitung nicht-islamischer Lehren“ und „Abfalls vom islamischen Glauben“ zum Tod durch Erhängen verurteilt worden. Behörden des Landes sollen sich zunehmend besorgt über die Verbreitung des christlichen Glaubens zeigen. So seien z.B. im Nordwesten des Irans 6500 Bibel beschlagnahmt worden, meldete ein iranischer christlicher Informationsdienst.

Am 12. August wurden die Unterschriften in der iranischen Botschaft in Berlin übergeben, auch der UOKG-Bundesvorsitzende nahm daran teil. ■

### Kommentare

#### Danke wofür?

In der Ausgabe der Jungen Welt vom 13. August 2011, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, bedankte sich die Zeitung für 28 schöne Jahre in der eingemauerten DDR. Unklar, bei wem sie sich bedankt. Möglicherweise bei der senilen Regierung, bei den gescheiterten Wirtschaftslenkern, beim „allwissenden“ Ministerium für Staatssicherheit, wer weiß...

Die Mehrheit der Deutschen findet allerdings nicht im Tag des Mauerbaus, dieser Bankrotterklärung der DDR, sondern im Jahr 1989, dem Jahr des Mauerfalls, den eigentlichen Grund für Dankbarkeit gegenüber dem Lauf der deutschen Geschichte:

Danke für den Fall dieser Schandmauer, für einen Staat ohne flächendeckende Bespitzelung durch das MfS, ohne Beschränkungen der persönlichen Freiheit, ohne Schießbefehl und Todesurteile, ohne die verlogenen Haßtiraden eines Karl-Eduard von Schnitzler, für ein Hohenschönhausen als Gedenkstätte ohne Wachsoldaten, Vernehmer, Gefangene und ohne Herrn Rataizick und für eine Aufarbeitung des DDR-Unrechts durch Hubertus Knabe, ohne Beschränkung des Zugangs zu Bildung, ohne Einteilung der Schüler in Arbeiter- resp. Bauernkinder und andere, ohne Mangelwirtschaft und umweltvernichtende Produktion, ohne diesen ganzen Funktionärsklüngel, der immer recht haben wollte und sich doch immer ins Unrecht setzte. Auch in Bezug auf die Friedenssicherung war die DDR alles andere als ein Vorbild. Sie wäre zu gern mit der NVA 1968 in die ČSSR einmarschiert, und sie hat als erste die Stationierung von SS-20-Raketen gegen die Bundesrepublik erlaubt.

Hanebüchene Geschichtsklitterung war schon immer eine Methode der Sozialisten und Kommunisten – da ist mir Herr Knopp doch lieber.

Hans-Peter Schudt

#### Menschenrechtsverletzungen in Vietnam

Der schwer kranke vietnamesische Priester Nguyen Van Ly muß umgehend freigelassen werden. Die Organisation Human Rights Watch und andere internationale Beobachter haben gegen die aus reinen politischen Gründen erfolgte Inhaftierung heftig protestiert. Nur aus Deutschland ist bisher kaum etwas zu hören. Seit 1977 mußte der katholische Priester bereits 15 Jahre in Gefangenschaft verbringen, weil er sich zu konsequent für Demokratie, Menschenrechte und Religionsfreiheit einsetzte. Weitere fünf Jahre Haft und danach fünf Jahre Hausarrest drohen ihm. Das wäre eine Art Todesurteil, da er im Gefängnis mehrere Schlaganfälle durchlitten haben soll und offenbar an einem Hirntumor leidet.

Während sich in China seit einiger Zeit mehrere prominente Dissidenten zu Wort melden und von der Weltöffentlichkeit gehört werden, finden die Verhältnisse im Nachbarstaat Vietnam kaum mediale Beachtung. Obwohl es gerade in Deutschland zu Vietnam enge wirtschaftliche und auch viele menschliche Bindungen gibt. Zahlreiche Vietnamesen leben hier - wir sollten sie einladen, sich an der Diskussion über Menschenrechtsfragen in ihrer alten Heimat zu beteiligen. Wie bei China stellt sich die Frage immer wieder neu, wie genau Oppositionelle unterstützt werden können. Einerseits zeigte das kleine vietnamesische Wirtschaftswunder in den letzten Jahren Erfolge - andererseits sind die Preise für Lebensmittel und Treibstoff in wenigen Monaten stark gestiegen. Eine Zeitung analysiert: „Schuld daran tragen die hoffnungslos defizitären Staatsbetriebe.“ An denen hielt die Partei fest. Doch unsere Politik und die Gesellschaft darf zu Vietnam nicht schweigen. Das sind wir unseren Mitbürgern von dort schuldig. Und die herrschende Politikerverriege in Vietnam darf spüren, das politische Schikanen auch die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland stören könnten. Und der asiatische Realsozialismus mit marktwirtschaftlichem Antlitz bleibt für uns eine prinzipielle Herausforderung, bei der nicht nur Antworten fehlen, es mangelt schon an den richtigen Fragen und der Bereitschaft, diese auch laut zu stellen.

Lutz Rathenow

# Anrechenbar oder nicht?

## Einkommen, Vermögen und Sozialhilfeleistungen

Obwohl die Rechtslage eigentlich klar ist, haben die Bezieher von sozialen Ausgleichsleistungen nach dem Strafrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz noch immer Ärger mit den Behörden. Sie sind verunsichert bezüglich der Anrechenbarkeit dieser Leistungen, wenn sie selbst Empfänger von Sozialleistungen sind, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist (z.B. ALG II, Grundversicherung).

Als soziale Ausgleichsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) werden u.a. gewährt die Kapitalentschädigung für rechtsstaatswidrig erlittene Haft, die besondere Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente), Unterstützungsleistungen durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn und Versorgungsleistungen für haftbedingte Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz (Berufsschadensausgleich nicht). Nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) werden monatliche Ausgleichsleistungen gewährt, sofern sich

gehören grundsätzlich alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert (auch Zinsen von Sparguthaben). Bestimmte Einkünfte sind jedoch kraft ausdrücklicher gesetzlicher Regelungen nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Dazu gehören u.a. oben genannte Leistungen nach §§ 17 bis 19 StrRehaG und die Leistungen nach § 8 BerRehaG. Diese Leistungen bleiben nach § 16 Abs. 4 StrRehaG und nach § 9 BerRehaG bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkünften abhängig ist, unberücksichtigt. Zusätzlich sei angemerkt: Kapitalentschädigung ist pfändbar, die Opferrente ebenso wie die Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG nicht.

Auch wenn per Gesetz festgelegt ist, daß diese Leistungen nicht als Einkommen anzurechnen sind, so sind sie trotzdem anzugeben, und der entsprechende Zuwendungsgeber entscheidet über deren Anrechnung. Genau an dieser Stelle liegen offensichtlich - auf Unkenntnis der Behörden zurückzuführen - die Probleme, mit denen die Antragsteller zu kämpfen haben. Gleiches gilt im übrigen auch bei der Anfertigung der jährlichen Steuererklärung. Aus § 3 Nr. 23 des Einkommenssteuergesetzes ergibt sich eindeutig, daß Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz sowie den drei Reha-Gesetzen steuerfrei und demzufolge bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens nicht zu berücksichtigen sind. Sie sind aber trotzdem anzugeben, weil laut Gesetz die Bestimmung des steuerpflichtigen Einkommens das Finanzamt im Rahmen der geltenden Vorschriften selber trifft. Sollte die Entscheidung schiefgehen, bleibt ja immer noch der Widerspruch. Der wiederum bereitet den Betroffenen erneute Probleme.

Obwohl die bisher genannten Leistungen nicht zu den Einnahmen zum Lebensunterhalt zählen, also nicht beitragspflichtig sind und auch bei der Zuzahlung keine Berücksichtigung finden, weil sie keine Einkommensersatzfunktion haben, sondern aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung u.a. an Opfer politischer Verfolgung oder rechtsstaatswidriger Strafverfolgung in der ehemaligen DDR gewährt werden, sind sie dennoch bei der zuständigen Krankenkasse anzugeben (trifft nur für Pflichtversicherte zu).

Kompliziert ist allerdings die Behandlung dieser Leistungen, deren Höhe oft erheblich ist, als Vermögen bei zu gewährenden Sozialleistungen, die in der Regel auch auf das Vermögen abstellen. Grundsätzlich bleiben hier als Selbstbehalt nur Freibeträge pro Lebensalter und bestimmte Beiträge zur Altersvorsorge. Die Bewertung allerdings, wann solche Leistungen anrechenbares Vermögen werden, auch im Hinblick auf deren Anspargung, liegt in der Hand der einzelnen Bundesländer und erfolgt entsprechend auch recht unterschiedlich.

Im Rahmen der Sozialhilfe ist das gesamte verwertbare Vermögen einzusetzen. Der Vermögensbegriff als solcher ist im Gesetz jedoch nicht definiert. Er wird lediglich dahingehend eingeschränkt, daß bestimmte Vermögen oder Vermögenseile, die nicht verwertbar sind, unberücksichtigt bleiben. Die Leistungen nach dem StrRehaG sind sozialhilferechtlich verwertbares Vermögen. Auch die Kapitalentschädigung ist nicht vom Einsatz und der Verwertung freigestellt. Die sondergesetzlich geregelte Freistellung der Kapitalentschädigung als Einkommen kann nicht dahingehend ausgelegt werden, daß damit auch die Einsatzfreiheit der Kapitalentschädigung als Vermögen festgelegt ist. Allerdings darf nach dem BSHG Sozialhilfe usw. nicht vom Einsatz oder von der Verwertung eines Vermögens abhängig gemacht werden, soweit es für den, der das Vermögen einzusetzen hat, eine Härte bedeuten würde. Auch wenn nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts die Herkunft des Vermögens grundsätzlich keine entscheidende Rolle spielt, gibt es aber m.E. Situationen, in denen die Herkunft des Vermögens dieses so prägt, daß sein Einsatz eine Härte darstellen kann. Die Frage, ob eine Härte schon dann vorliegt, wenn das Vermögen aus Einkommen gebildet wurde, daß auf andere Sozialleistungen nicht angerechnet werden durfte, ist allerdings strittig. Im Rahmen der Prüfung jedoch sollten die Gründe, die ursprünglich bereits zur Einkommensfreistellung führten, durch die zuständigen Behörden der Sozialhilfe berücksichtigt werden. Da die StrRehaG-Leistungen zum Ausgleich der Nachteile gewährt wurden, die dem Betroffenen durch eine rechtsstaatswidrige Haft entstanden sind, würde es eine Härte bedeu-

**Geld ist nicht alles, aber es hat einen Riesenvorsprung vor allem, was danach kommt.**

Deutsches Sprichwort

Wie die Beiträge im „Stacheldraht“...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

der Antragsteller in einer verfolgungsbedingt schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet. Es sei hier noch einmal deutlich klargestellt: Zum Einkommen im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG)

ten, wenn er diese Zahlungen im Rahmen von Sozialleistungen als Vermögen einsetzen müßte. In diesen Fällen wäre von einem zweckentfremdeten Einsatz der Mittel auszugehen, und sie stünden nicht mehr als angemessener Ausgleich des zugefügten Schadens und als Genugtuung für erlittenes Unrecht zur Verfügung.

Richtungsweisend sollte in diesem Zusammenhang ein Urteil des sächsischen Landessozialgerichts sein, das u.a. feststellte, daß vom Vermögen über die allgemeine Härteklausele jene Beträge von der Verwertbarkeit auszuschließen sind, die aus der Haftentschädigung und der Leistung der Stiftung stammen. Sie beruhen auf dem StrRehaG und sollen die höchstpersönlichen Nachteile entschädigen, die der durch Unrechtsmaßnahmen Betroffene hinnehmen mußte. Sie dienen

einem anderen Zweck, als z.B. ALG II. In Anbetracht dieses Zweckes erscheint es unbillig hart, wenn der Betroffene gezwungen wäre, diese Leistungen anstelle von ALG II zu seinem Lebensunterhalt einzusetzen.

Anders ist die Lage laut o.g. Urteil hinsichtlich der Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG. Diese sind nicht wegen Annahme einer besonderen Härte bei der Bedürftigkeitsprüfung als nicht einsetzbar zu behandeln. Sie stellen keine pauschalisierte Kapitalentschädigung dar, vielmehr sind sie zum Bestreiten der notwendigen Ausgaben des täglichen Lebens bestimmt und sollen verfolgungsbedingt geringe Einkünfte aufstocken, die nicht reichen, den Lebensunterhalt abzudecken. Sie dienen dem gleichen Zweck wie z.B. das ALG II. Deshalb er-

scheint es nicht unbillig hart, angesparte Leistungen, die dem Bestreiten des Lebensunterhaltes dienen sollten, diesem Zweck dadurch zuzuführen, daß sie nunmehr als Vermögen den Bezug anderer Leistungen, die diesem Zweck dienen, ausschließen. Das heißt, dieses Vermögen ist verwertbares Vermögen, weil die erfolgten monatlichen Zahlungen letztendlich zweckwidrig verwendet worden sind, indem sie nicht zum Bestreiten des Lebensunterhalts verbraucht, sondern angespart wurden.

Fallorientierte Auskünfte zu dieser Problematik werden erteilt unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein

## Kleine Anfrage zu großen Summen

Noch heute, mehr als 20 Jahre nach dem Ende der SED als Staatspartei, ist nicht abschließend geklärt, was eigentlich aus dem Parteivermögen der SED geworden ist. In den Wirren der Umbruchzeit ließ die damalige SED-PDS – heute „die Linke“ - gewaltige Geldbeträge durch ein dichtes Geflecht von Scheinfirmen verschwinden. Verschiedene Kommissionen und Untersuchungsausschüsse beschäftigten sich mit dem Verbleib des Geldes, und wenn auch vieles inzwischen bekannt und erledigt ist, gibt es nach wie vor offene Baustellen.

Um etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, hat sich daher die SPD-Bundestagsfraktion am 19. Juli dieses Jahres mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung gewandt (Bundestags-Drucksache 17/6546). Die Antwort der Bundesregierung erfolgte am 12. August (Bundestags-Drucksache 17/6702).

Hier eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Aspekte:

Der Gesamtwert des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO) betrug zum 31. Oktober 2010 etwa 1,73 Milliarden Euro. In diesem Betrag sind unter anderem Erlöse aus der Verwertung von 5738 Immobilien und 433 sonstigen Vermögenswerten enthalten.

Das ehemalige Parteiorgan „Neues Deutschland“ erhielt durch einen Parteibetrieb ca. 15,5 Mio. Euro. Dieser Betrag wurde 1992 von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) klageweise geltend gemacht. Vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin wurde mit dem sogenannten PDS-Vergleich das Verfahren im Jahr 1995 erledigt. Details zu dieser Angelegenheit finden sich in dem Abschlußbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Partei- und Massenorganisationen (UKPV) vom 24. August 1998 (Bundestagsdrucksache 13/11353).

Die Antwort der Bundesregierung geht auch auf den Stand des Verfahrens wegen der sogenannten Novum-Gelder ein. Hintergrund des Verfahrens ist, daß die SED-PDS über eine Tarnfirma (Novum GmbH) große Geldsummen nach Österreich verschwinden ließ. Wegen dieser Gelder führt die BvS derzeit einen Rechtsstreit gegen die UniCredit Bank Austria wegen Verletzung ihrer Sorgfaltspflichten im Jahr 1992 durch ihre damalige Schweizer Tochter, die AKB-Bank.

In erster Instanz hat die BvS von dem Obergericht in Zürich Recht bekommen. Demnach wurde die Bank Austria dazu verurteilt, an die Bundesrepublik nebst Zinsen seit 1992 rund 230 Mio. Euro zu zahlen. Damals stand die Novum AG

im Besitz der Treuhandanstalt. Die Bank hätte nach Auffassung des Gerichts wissen müssen, daß das Novum-Geld der Treuhandanstalt gehört. Dennoch habe die Bank Novum-Gelder an die vormalige Geschäftsführerin der Novum AG, Rudolfine Steindling – in Österreich bekannt als die „rote Fini“ – ausgezahlt.

Allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig - die AKB hat Rechtsmittel eingelegt. Der endgültige Ausgang des Verfahrens ist daher offen. Bis es soweit ist, kann es noch lange dauern. Denn die AKB hat bereits angekündigt, sollte sie in der zweiten Instanz unterliegen, das Schweizer Bundesgericht anzurufen.

Des Weiteren ist seit 2006 ein Verfahren anhängig, in welchem die griechische Druckerei Typoekdotik auf Zahlung von 3,3 Mio. Schweizer Franken nebst Zinsen verklagt wird. Diese Druckerei hatte ein Darlehen durch eine Auslandsfirma der SED erhalten. Das Verfahren ist in erster Instanz seit 2006 anhängig. Ein Urteil – gegen das freilich Rechtsmittel eingelegt werden könnten – liegt noch nicht vor. Es sieht also so aus, als müßte die Bundesrepublik auch hier lange auf das Geld warten.

Florian Kresse

## Diktatur-Gefahren stärker vermitteln

Resolution des XIX. Kongresses der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus e.V. vom 14. bis 18. Juni 2011 in Berlin

Die kommunistischen Regimes haben überall, wo sie an der Herrschaft waren, schreckliche Verbrechen verübt, mit Terror und Willkür geherrscht und Millionen Menschen ihrer elementaren Rechte beraubt. Millionen Menschen sind diesen Regimes in den Lagern und Gefängnissen zum Opfer gefallen; sie wurden gequält, gedemütigt und ermordet. In allen ehemals vom Kommunismus beherrschten Ländern zeugen unzählige Massengräber vom verbrecherischen Charakter dieser Regimes.

Die diesen Regimes zugrunde liegende kommunistische Ideologie steht im Widerspruch zur Europäischen Verfassung und der Charta der Menschenrechte.

Wir, die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, halten diejenigen, die wegen ihres Freiheitswillens, wegen ihres Kampfes und Einstehens für demokratische Verhältnisse oder aus reiner Willkür von den kommunistischen Machthabern verfolgt und ermordet wurden, in ehrender Erinnerung.

Gemeinsam mit allen Demokraten setzen wir uns dafür ein, daß die nationalsozialistischen Verbrechen nicht relativiert, noch daß die kommunistischen Verbrechen verharmlost werden. Der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft und der von den Nazis in ganz Europa begangenen Verbrechen steht außer Frage. Auch der XIX. Kongreß fordert eine europaweite Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus. 21 Jahre nach dem



Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung

Der XIX. Kongreß bei der Arbeit.

Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Europa werden noch immer kommunistische Verbrechen geleugnet und die Regimes, die für diese Verbrechen verantwortlich waren, verharmlost.

Wir begrüßen den Bericht des Europäischen Parlaments vom 22.12.2010 über die „Erinnerung an die Verbrechen, die von den totalitären Regimes in Europa“ begangen wurden. Besonders unterstützen wir die in der Resolution formulierte Idee, die Bildungsarbeit gesamteuropäisch auf die Vermittlung der Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie zu verstärken. Dies ist die Schicksalsfrage aller Menschen. Und besonders Europa mit seiner gewaltvollen Geschichte im 20. Jahrhundert trägt hier eine besondere Verantwortung.

Wir, die Verfolgten des Kommunismus fordern deshalb:

1. daß bei der Darstellung der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert ein besonderer Schwerpunkt auf die Darstellung der Gefahren gelegt wird, die von den beiden großen Totalitarismen – dem nationalsozialistisch-faschistischen und dem kommunistischen – für Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und die Freiheit des einzelnen ausgehen

2. die Bedeutung von Zivilcourage und Mut, die das Aufbegehren gegen Ungerechtigkeiten und Verbrechen, wo immer sie passieren, stärker als bisher zu würdigen und

3. bei der Vermittlung der Menschenrechte und der Werte von Demokratie und Freiheit hervorzuheben.

Hierfür regen wir bei den europäischen Institutionen erneut an, daß

1. das in Brüssel geplante *Haus der Europäischen Geschichte* auf die Darstellung der Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur einen besonderen Schwerpunkt legt

2. die EU eine Plattform schafft, um die europäische Öffentlichkeit sowohl über die von den Nazis begangenen unvorstellbaren Verbrechen, insbesondere den Mord an den europäischen Juden, als auch die im Kommunismus begangenen Verbrechen dauerhaft zu informieren und aufzuklären.

3. Wir fordern eine gesamteuropäische Verurteilung der kommunistischen Verbrechen und daß

Foto: N. Radlitz



Kongreßteilnehmer vor der Kapelle der Versöhnung in der Bernauer Straße.

4. die Verantwortlichen und Täter zur Rechenschaft gezogen werden

5. ein gesamteuropäisches Denkmal für die Opfer des Kommunismus errichtet wird.

Wir erwarten von den Regierungen der Länder, in denen der Kommunismus seine blutigen Spuren hinterlassen hat, auf jene Symbole und Bezeichnungen zu verzichten, die noch heute diese Diktaturen und die Verantwortlichen verherrlichen oder in Straßennamen ehren.

Wir fordern, daß die international anerkannte Definition des Völkermordes auch durch die Vernichtung einer Menschengruppe aufgrund ihrer verschiedenen Klassenzugehörigkeit bzw. aufgrund ihrer verschiedenen ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugung ergänzt wird.

Wir fordern die europäischen Institutionen auf, geeignete Instrumente zu schaffen, um europaweit sowohl die Leugnung der nationalsozialistischen und faschistischen als auch der kommunistischen Verbrechen zu ächten und unter Strafe zu stellen.

Wir fordern die EU auf, die Mittel für die Erforschung des Totalitarismus und vor allem des kommunistischen Totalitarismus bereit zu stellen, damit die Aufarbeitungsprojekte auch über die Ländergrenzen durchgeführt werden können.

Berlin, den 17. Juni 2011

(Unterzeichnet von den Vertretern der Organisationen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Estland, Kroatien, Moldawien, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn)

## Für Menschenrechte in Nord-Korea

Im Zentrum Berlins in der Glinkastraße befindet sich, wie zu Zeiten der DDR, noch heute in einem riesigen Gebäude die „Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea“. Am Zaun ein Schaukasten mit Fotos des Diktators Kim-Jong Il, auf denen er bei „Vor-Ort-Anleitungen“ zu sehen ist. Die Aufnahmen von 1995 bis 2009 zeigen ihn noch relativ gesund, während er nach verschiedenen Meldungen inzwischen einen Schlaganfall erlitten haben soll. Eine der Foto-Unterschriften lautet: „Der Kreis Tachong erzielt durch die Einführung fortgeschrittener wissenschaftlich fundierter Ackerbaumethoden Erfolge beim Kartoffelanbau.“ So groß können die Erfolge nicht sein, denn in

ferungen nicht an die Bevölkerung, sondern an die Kommunistische Partei, die Geheimdienste, an Armee und Polizei verteilt wurden.

Viele deutsche Blütenträume von der Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen sind inzwischen zerplatzt. Die vollmundig in Pjöngjang eröffnete Bibliothek ist inzwischen wieder geschlossen, weil der Zugang für Normalbürger nicht gewährleistet war. Die Kim-Diktatur schließt die Menschen von allen ausländischen Informationen hermetisch ab. Obwohl Artikel 68 der Verfassung die Glaubensfreiheit zugesteht, werden besonders Christen massiv verfolgt. Die christliche Hilfsorganisation „Open Doors“ bemüht sich seit Jahren um diese Menschen.

Im August 2009 hielt ein Referent zu dem Thema einen Vortrag in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus. Tief beeindruckt davon rief Gerda Ehrlich anschließend in Berlin eine Mahnwache ins Leben, die regelmäßig freitags vor der Botschaft abgehalten wird. Bei Sonne, Wind, Schnee und Regen fordern Gerda Ehrlich und ihre Mitdemonstranten die Einhaltung der Menschenrechte und beten auch für die verfolgten Koreaner. Immer wieder solidarisieren sich Menschen mit der kleinen Gruppe. Die Kim-Diktatur hat kaum Freunde, wie an den Reaktionen vieler Passanten erkennbar ist. Regelmäßig werden Informationen in den Briefkasten der Botschaft geworfen, wie z.B. UNO-Resolutionen zu Nord-Korea. Wie das Land schottet sich auch die Botschaft hermetisch ab, über viele Kameras wird die Umgebung beobachtet, doch nur selten lassen sich Mitarbeiter sehen. Einer von ihnen, im BMW mit dem diplomatischen Kennzeichen O-201, drohte beim Vorbeifahren mit der Faust und fuhr auf einen



Demonstranten zu, erst im letzten Augenblick wich er aus. Solche Reaktionen zeigen: Die Nerven liegen nach zwei Jahren Mahnwache bei den Angehörigen der Botschaft blank.

Die Mahnwache.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland und Nord-Korea am 1. März 2001 reguläre diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, ändert das nichts an der Tatsache, daß es eigentlich keine wirklichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt. Diktatur und Demokratie schließen einander aus, solange elementare Menschenrechte in Nord-Korea mißachtet werden, kann es keine guten Beziehungen geben. Und solange China und Rußland aus militärstrategischen Gründen das Regime in Pjöngjang unterstützen, wird es dort keinen Frieden und keine Freiheit geben. Vielleicht sind Politiker in UNO und Europäischer Union endlich einmal soweit, daß sie diese beiden Länder für die Verbrechen der Kim-Diktatur am koreanischen Volk mitverantwortlich machen. Zeit wird es auch, den Internationalen Gerichtshof zu ermächtigen, gegen solche Politiker vorzugehen, die Menschenrechtsverbrechen begehen. So würden in Pjöngjang, Peking und Moskau die Verantwortlichen womöglich begreifen, daß sie irgendwann ebenso in Den Haag vor Gericht stehen könnten wie andere Diktatoren.

Anton Odenthal



Das Botschaftsgebäude Nord-Koreas in Berlin, mit Schaukasten (rechts unten).

diesem Jahr wird Nord-Korea wieder ausländische Nahrungsmittelhilfe benötigen. Wie angespannt die Situation ist, zeigt sich darin, daß man sogar das Angebot der Hilfsorganisation Cap Anamur zur Lebensmittellieferung annahm, obwohl damit die Auflage verbunden ist, daß Cap Anamur die Verteilung selbst kontrolliert. Die Organisation hatte vor Jahren unter Protest das Land verlassen, weil Hilfsflie-

# Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

## Eine Stellungnahme

In den letzten Wochen und Monaten fanden viele Gespräche, Veröffentlichungen und Veranstaltungen statt, die dem Ziel dienten, das Konzept des Thüringer Kultusministeriums für die Andreasstraße der Öffentlichkeit nahe zu bringen.

Aus Sicht des Vereins Freiheit e.V. ergaben Analysen, daß die Mitarbeit der ehemals Verfolgten und Inhaftierten nur erwünscht war, wenn die Vorstellungen des Ministeriums erfüllt wurden und Widerspruch, entgegen besseren Wissens, ein Fremdwort blieb. Ferner zeigte sich in den Gesprächen, daß die Mehrheit der an der Konzepterarbeitung beteiligten Personen

Arbeitseinrichtungen eigenständig bleiben, um die Vielfalt der Möglichkeiten für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts zu bewahren. Das soll scheinbar nicht für die Andreasstraße gelten! Freiheit e.V. fordert eine eigenständige Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, ohne einen aufgeblähten Verwaltungsapparat des Kultusministeriums im Zellenhaus.

### Haftgedenkstätte statt einer „bedeutsamen Thüringer Einrichtung“

Der Anspruch des Kultusministeriums, in der Andreasstraße ein über die Thüringer Grenzen hinaus bedeutsames DDR-

Widerstand sollen, wie besprochen, gebührend dargestellt und gewürdigt werden.

### Leitung der Gedenk- und Bildungsstätte

Die Stiftung Ettersberg ist als Träger nicht akzeptabel, auch nicht in einer umgewandelten Form. Die Stiftung Ettersberg hat bereits im Jahr 2009 die Zusammenarbeit mit ehemals Verfolgten und Inhaftierten auf Augenhöhe abgelehnt. Nach einem Vermittlungsgespräch zwischen Stiftung Ettersberg und Freiheit e.V. bei Herrn Prof. Dr. Bernhard Vogel am 24.03.2009 konnte zwar ein Kompromiß für eine Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen gefunden werden, der aber am 26.03.2009 durch die Stiftung Ettersberg mit einem Schreiben wieder aufgekündigt wurde.

Eigene wissenschaftliche Beiträge zur Aufarbeitung der Geschichte des Hauses oder der dort inhaftierten Menschen hat die Stiftung bis heute nicht vorgelegt und dadurch ihr inhaltliches Desinteresse bewiesen. Die Arbeit der Stiftung ist zudem bisher wenig effizient und öffentlichkeitswirksam, so daß mit keinerlei positiven Impulsen für die Gedenk- und Bildungsstätte zu rechnen ist. Die Arbeit der Stiftung wurde bis heute niemals evaluiert!

Laut Auskunft durch das Kultusministerium ist die Umwandlung einer Stiftung Bürgerlichen Rechts, wie Stiftung Ettersberg, in eine Stiftung Öffentlichen Rechts so gut wie unmöglich. Damit wäre bei einer Trägerschaft durch die Stiftung Ettersberg die Andreasstraße der öffentlichen Kontrolle unwiederbringlich entzogen.

Die Alternative kann nur eine Trägerschaft durch einen gemeinsamen eingetragenen Verein der ehemaligen politischen Gefangenen und Verfolgten unter wissenschaftlicher Begleitung sein, wie es z.B. im Menschenrechtszentrum Cottbus praktiziert wird.

### Dauerausstellung

Das Zeitzeugen-Historiker-Konzept für die Dauerausstellung in der Andreasstraße hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten als das einzig gangbare gezeigt.



Ehemalige MfS-U-Haftanstalt Andreasstraße am Morgen des 2. Januar 2010. Ehemalige politische Häftlinge hatten das Gebäude besetzt und an der Fassade Fahnen und Transparente angebracht.

weder das durch das Ministerium beauftragte Konzept noch das Zeitzeugen-Historiker-Konzept kannten. Einfach nur traurig! Verschärfend kommt hinzu, daß die Vertreter des Kultusministeriums den immer wieder als wichtig genannten ehemals Verfolgten und Inhaftierten überhaupt nicht zuhören. Aus diesem Grund nachfolgend einige Richtigstellungen für die öffentliche Wahrnehmung.

### Keine zentrale Thüringer Einrichtung in der Andreasstraße

Seitens des Kultusministeriums wurde immer betont, daß die Museen und Auf-

Museum einzurichten, zerstört das Alleinstellungsmerkmal der Andreasstraße, widerspricht der Mehrheit der ehemals Verfolgten und Inhaftierten und zerstört den Charakter der ehemaligen MfS-U-Haftanstalt.

Die Andreasstraße versteht sich als Stätte von Repression und Unterdrückung durch die SED und deren Machterhaltungsinstrument MfS im ehemaligen Bezirk Erfurt.

Freiheit e.V. fordert eine eigenständige Haftgedenk- und Bildungsstätte mit Bezug zum Bezirk Erfurt. Opposition und

Das „Entgegenkommen“ des Kultusministeriums, Biographien von Zeitzeugen mehr in den Mittelpunkt zu rücken, zeugt von Unkenntnis des Konzeptes. Den ehemals Verfolgten und Inhaftierten geht es in der Mehrheit nicht um Selbstdarstellung in der Dauerausstellung, vielmehr um die Darstellung der Verhältnisse in der DDR an Hand von lebensgeschichtlichen Erfahrungen. Der Geschichte soll ein Gesicht gegeben werden.

Nach Meinung des Freiheit e.V. ist die reine Darstellung von Zeitzeugen-Biographien deplaziert und für Besucher langweilig, wenn sich davon keine Aussagen ableiten lassen, nicht zum Nachdenken angeregt wird und der Kontext zu den herrschenden Verhältnissen fehlt. Nach Minister Christoph Matschie „beziehe die Andreasstraße ihre Authentizität aus ihrer Geschichte als Stasi-Gefängnis zu DDR-Zeiten. Die Ausstellungs-konzeption setze bei den Schicksalen der Zeitzeugen an und sehe vor, dass Lebensgeschichten eine zentrale Rolle spielen. ‚Wir wollen die große Geschichte über ganz persönliche Geschichten vermitteln.‘“ (Presseinformation der Stiftung „Gedenken Erinnern Lernen“ vom 15.06.2011)

Danach gehören weder allgemeine Ausführungen über das MfS noch wie die Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden sollte in die Dauerausstellung. In Thüringen existieren Einrichtungen, wie die Außenstelle Erfurt der BStU, Grenzlandmuseen oder zeithistorische Foren, von hoher fachlicher Qualität, die in der gebotenen Ausführlichkeit die Interessen-Gebiete besser und in der gebotenen Tiefe vermitteln können.

### „Vereinbarung auf Mitwirkung ...“

Zentrale Punkte der o.g. Vereinbarung sind unter anderem die Möglichkeit der Mitwirkung bei der Gestaltung der Konzeption der Dauerausstellung und die Verpflichtung der Überprüfung aller an der Andreasstraße beteiligten Personen.

Vor Unterzeichnung der Vereinbarung gab es zwischen Freiheit e.V. und dem Kultusministerium zähe Verhandlungen. Letztendlich unterzeichnete der Verein die Vereinbarung am 26.03.2010, nachdem Staatssekretär Deufel um Vertrauen warb und versicherte, daß der Verein die Konzeption mitgestalten kann. Leider enttäuschte der Staatssekretär das entgegengebrachte Vertrauen. Er ließ keine Gelegenheit aus, Vorschläge und Ergänzungen des Freiheit e.V. abzublocken und

als vereinbarungswidrig darzustellen, Wenn es dem Ziel dienlich war, wurden sogar Sitzungsprotokolle manipuliert.

Beim Abschluß der „Vereinbarung ...“ am 26.03.2010 hatte Freiheit e.V. großen Wert darauf gelegt, daß alle an der Andreasstraße beteiligten Personen, das betrifft vorerst die Mitglieder des Stiftungsrates [der Stiftung „Gedenken Erinnern Lernen“ – d. Red.], der Arbeitsgruppe Konzept Andreasstraße und Frau Wahl [Kuratorin für die Dauerausstellung Andreasstraße – d. Red.], auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Stasi überprüft werden. Als dies bis Ende September 2010 nicht erkennbar veranlaßt wurde, baten wir den Stiftungsrats-Vorsitzenden mit Schreiben vom 30.09.2010 um Erledigung.

Das Fazit der Antwort des Kultusministeriums vom 15.11.2010 lautete auszugsweise:

„Auf Basis der aktuellen Rechtslage und auf Basis der bisher erfolgten Regelüberprüfungen von Landesbediensteten, Landtag und Landesregierung wurde im Stiftungsrat Einvernehmen erzielt, dass darüber hinaus bezogen auf die einzelnen Stiftungsratsmitglieder derzeit kein Handlungsbedarf gegeben ist. Weitere Gremien der Stiftung gibt es noch nicht.“

Zur Überprüfung anderer Organe oder Aufsichtsgremien existiert keine Rechtsgrundlage. Das trifft auch für die Historikerkommission und die Arbeitsgemeinschaft Konzeption Andreasstraße zu.“

Auf ein nochmaliges Schreiben des Vereins vom 17.01.2011 fehlt bis heute jede Antwort.

Freiheit e.V. hat entgegen anderslautenden Behauptungen zu keiner Zeit Verdachtsmomente gegen Personen geäußert!

Die Vorstandsmitglieder des Freiheit e.V. legten sich gegenseitig nach der Wahl im Mai 2010 fünf strafrechtliche Rehabilitierungsbescheide, einen beruflichen Rehabilitierungsbescheid, sowie einen Bescheid nach den Kriterien von Landesbediensteten vor. Ein weiteres Mitglied ist Jahrgang 1978 und hat bis 1998 in Hessen gelebt.

Freiheit e.V. fordert nochmals alle Mitglieder des Stiftungsrates, der AG Konzept Andreasstraße, der Landesförderkommission und Frau Wahl auf, sich freiwillig einer Überprüfung zu unterziehen und dieselbe öffentlich zu machen.



Die Besetzer des Vereins Freiheit e.V. in einer Zelle der 1. Etage während ihrer Aktion: (v.l.) Gerhard Bause, Joachim Heise, Rainer Schneider.



Ökumenischer Gottesdienst im Innenhof des Zellenbaus.

Als Zeichen guten Willens übersendet der Vorsitzende des Freiheit e.V., Joachim Heise, seinen strafrechtlichen Rehabilitierungsbescheid dem Stiftungsrats-Vorsitzenden zur Kenntnisnahme.

Erfurt, den 24.07.2011

Freiheit e.V.  
Förderverein Gedenkstätte Andreasstraße  
Joachim Heise

## Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 10., 17. und 24. September sowie am 1. und 8. Oktober, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

## 2011 – Erinnerung an den Mauerbau

### Veranstaltungen in Berlin - aber nicht nur in Berlin

(st)An diesem 13. August 2011 begann in Berlin die Erinnerung an den Mauerbau vor 50 Jahren schon um Mitternacht – auf stille, sehr persönliche und eindringliche Weise. In der Kapelle der Versöhnung an der Bernauer Straße wurden bis 6 Uhr morgens die Biographien von Todesopfern der Mauer verlesen. Menschen kamen und gingen, immer wieder wurden Kerzen angezündet.



Dicht umlagert von Bevölkerung und Touristen war die Hauptbühne Acker-, Ecke Bernauer Straße.

Auch die zentrale Gedenkveranstaltung fand in der Bernauer Straße statt. Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich schon um 10 Uhr Tausende Berliner und Touristen ein, um den offiziellen Rednern zuzuhören. Den ganzen Tag über war die Straße für Autos und Straßenbahnen gesperrt, und so kamen viele mit Fahrrädern, oft in Familienstärke.

Bundespräsident Christian Wulff eröffnete mit seiner Ansprache die Gedenkfeier. Er schilderte das Unrecht an der Mauer anhand einzelner Schicksale und sagte: „Aber einmal mehr hat sich gezeigt, am Ende ist die Freiheit unbesiegbar.“ Auch der getrennten Familien, Partner und Freunde gedachte er. Beschämend sei die in der Zeit der deutschen Teilung um sich greifende Gleichgültigkeit in Westdeutschland gewesen. „Viele gewöhnten sich an die Mauer, viele verharmlosten sie.“ Dagegen hätten viele DDR-Bürger heldenhaften Mut bewiesen. Er schloß mit den Worten: „Schätzen und schützen wir die Freiheit, die wir jetzt endlich für alle haben!“ Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit bezeichnete den 13. August 1961 als den traurigsten Tag in der jüngsten Geschichte der Stadt. Er betonte, wie schon bei früheren Ge-

legenheiten, daß die DDR ganz klar ein Unrechtsstaat gewesen sei, und dankte den DDR-Bürgerrechtlern und osteuropäischen Freiheitsbewegungen dafür, den Weg für die Überwindung der Teilung geebnet zu haben. Die Bürgerrechtlerin Freya Klier berichtete als Zeitzeugin von ihrem verratenen Fluchtversuch als 18-Jährige und ihren Hafterlebnissen. Sie kritisierte die anhaltende Verklärung der DDR-Geschichte. Auch Kulturstatsminister Klaus Neumann wandte sich gegen diese Tendenz. Es müsse mehr Aufklärung geleistet werden. Wichtig sei, „die Dinge beim Namen zu nennen und die Wahrheit zu sagen“.

Einem ökumenischen Gottesdienst in der Kapelle der Versöhnung folgte die Kranzniederlegung. Anwesend waren auch die Bundeskanzlerin, der Bundestagspräsident, die Bundesratspräsidentin und viele weitere Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Dann rief der UOKG-Bundesvorsitzende Rainer Wagner zu einer Schweigeminute für die Opfer von Mauer und Stacheldraht auf. In ganz Berlin begannen die Kirchenglocken zu läuten, Busse und Bahnen hielten an.

Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe wurde von Christian Wulff und Klaus Wowereit der zweite Abschnitt des Gedenkstättenengeländes in der Bernauer Straße eröffnet. Der Schlüssel gehörte zum Wohnhaus Bernauer Straße 4, das durch den Mauerbau zerstört und dessen Bewohner vertrieben wurden. Der dritte

Abschnitt des Areal, das insgesamt 44 Hektar umfaßt, soll 2012 fertiggestellt werden.

Auch am Nachmittag riß der Besucherstrom nicht ab. Entlang der Bernauer Straße wurde ein ausgesprochen vielfältiges Programm geboten. Auf der Hauptbühne wechselten verschiedenste Zeitzeugen, Liedermacher, Musikdarbietungen und Filmvorführungen einander ab. Auf ca. einem Kilometer Länge waren die Stände der „Infomeile der Zeitgeschichte“ aufgereiht. Dort stellten sich Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, Erinnerungsstätten und Museen vor. Die Standbetreuung erwies sich schnell als schweißtreibende Angelegenheit, denn die Besucher waren aufgeschlossen und diskussionsfreudig. Überall im Innen- und Außenbereich der Gedenkstätte wurden bis in die Nacht hinein Gesprächsrunden, Lesungen, Filme, Musik und Führungen präsentiert. Auch eine Tanzperformance, ein historisches Feuerwehrauto und ein Kinderprogramm waren dabei.

An den 50. Jahrestag des Mauerbaus wurde jedoch nicht nur an diesem Tag und an diesem Ort erinnert. Zahlreiche Veranstaltungen fanden in der ganzen Bundesrepublik rund um jenes Datum statt. Das Erstaunliche: unerwartet viele kamen und beteiligten sich. Dafür kann es verschiedene Gründe geben. Zum Beispiel, die Veranstalter haben mit Qualität überzeugt. Zweifellos spielte das eine Rolle, doch offensichtlich gibt es an dem



Viele in- und ausländische Gäste trugen diese T-Shirts.

Thema auch ein größeres Interesse in der Bevölkerung, als manche, Statistiken schwingende Politiker und Medienvertreter glauben machen wollen.

Am Mauerweg in Teltow übergaben der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, und der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck am 8. August zwei Erinnerungsstelen. Sie erinnern an Peter Mädler und Karl-Heinz Kube, zwei junge Männer, die an diesem Ort bei Fluchtversuchen erschossen wurden. An der ehemaligen West-Berliner Grenze zum Land Brandenburg sollen insgesamt 29 Stelen für 50 Todesopfer aufgestellt werden.

Am 20. August startete der erste 100-Meilen-Lauf in Berlin. Die 160,9 Kilometer lange Strecke führte die Läufer auf dem Mauerweg entlang der ehemaligen Ost-West-Grenze. Die Veranstaltung war dem Gedenken an den Mauerbau gewidmet, und der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung, Rainer Eppelmann, hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung veröffentlichte zum Jahrestag eine Übersicht über Orte des Erinnerns an Berliner Mauer und deutsche Teilung. Von Gedenkzeichen über Gedenkstätten bis zu Museen erinnern bundesweit rund 320 Orte an die innerdeutsche Grenze, die Berliner Mauer und an die Opfer dieser Grenze. Auch zahlreiche originale Mauersegmente, die an verschiedenen Orten als Denkmäler aufgestellt wurden, sind verzeichnet. Die Dokumentation kann auf der Internetseite der Bundesstiftung, [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de), heruntergeladen werden.

Eine Schaufensterausstellung hat die Robert-Havemann-Gesellschaft gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Kunst entwickelt. Seit dem 11. August wird am authentischen Ort an die „Zentrale des Mauerbaus“ erinnert. In sechs großen Schaufenstern des heutigen Polizeigebäudes in der Otto-Braun-Straße kann man sich über die Rolle der paramilitärischen Kampfgruppen, der Polizei und ihrer Führung in der DDR informieren. Ehemals beherbergte das Gebäude das Polizeipräsidium Ost-Berlins. Am 9. August 1961 richtete Erich Honecker dort den zentralen Einsatzstab für den Mauerbau ein. Die Ausstellung ist noch bis zum 3. Oktober 2011 zu sehen.

Schon jetzt ein ausgesprochener Erfolg geworden ist die Plakatausstellung „Die Mauer – Eine Grenze durch Deutschland“. Die Bundesstiftung Aufarbeitung sowie die Zeitungen Bild und Die Welt haben auf 20 Plakaten mit Fotos und Texten das Thema dargestellt. Von der unkompliziert anzubringenden und mit 50 Euro sehr preiswerten Ausstellung sind inzwischen viele tausend Exemplare verkauft worden. Landauf, landab zeigen Ämter, Behörden, Rathäuser, Parlamente, Schulen und Vereine diese Plakate und kombinieren die Ausstellung häufig mit begleitenden Veranstaltungen.

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 sei nicht der Anfang, sondern der Tiefpunkt der Teilung Deutschlands gewesen, erklärte der Gedenkstättenbeauftragte der UOKG, Dr. Richard Buchner, bei einer Gedenkveranstaltung in Hohen Neuendorf am Todesstreifen im Norden Berlins. Er forderte, die politischen Opfer seit 1945, besonders jene in den sowjetischen Speziallagern und DDR-Gefängnissen, in das Gedenken mit einzubeziehen.

Auf einer Gedenkfeier der CSU Würzburg-Stadt bezeichnete der ehemalige politische Häftling Hans-Peter Schudt den 13. August 1961 als Tag der Enttäuschung und Schande. Die Errichtung der Mauer habe alle Beteuerungen der DDR-Regierung Lügen gestraft, die von einem Aufschwung berichtet hätten. In der Veranstaltung wurde der ca. 1600 Todesopfer des Eisernen Vorhangs in Europa und auch der aus dem Grenzgebiet Ausgesiedelten gedacht. Der ehemalige Postminister Wolfgang Bötsch berichtete über Diskussionen und Entscheidungsfindungen in der Zeit der Wiedervereinigung, eine Schweigeminute zu Ehren der Toten wurde vom Glockengeläut des Doms begleitet.

In einer Erklärung forderten der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, und Rainer Eppelmann gemeinsam, der Mauerbau solle ein Schwerpunkt im Schulunterricht werden. Kraus stellte fest, das zeitgeschichtliche Wissen der jungen Generation sei erschreckend dürftig. Es breite sich „mehr und mehr ein zeitgeschichtlicher Analphabetismus aus“. Er übte auch Kritik an der geringen Stundenzahl des Fachs Geschichte und betonte, der Unrechtscharakter der DDR müsse allen Schülern im geeinten Deutschland bewußt gemacht werden.



Geschichtsträchtiges Fahrzeug der Berliner Feuerwehr – es kam häufig bei Notsituationen an der Berliner Mauer zum Einsatz.



Generationsübergreifendes Interesse an den Ständen auf der Infomeile.

Rainer Eppelmann hob hervor: „Der 50. Jahrestag des Mauerbaus soll ein Anlaß sein, dieses entscheidende Ereignis sowie dessen Hintergründe und Konsequenzen zu Beginn des neuen Schuljahrs aufzuarbeiten. Die ältere Generation, die den Mauerbau und die deutsche Teilung noch bewußt erlebt hat, ist aufgerufen, ihre Erlebnisse und Erfahrungen den Jüngeren mitzuteilen.“

## Politisch verfolgte Schüler in Markkleeberg 1949

Nach über 60 Jahren gedachte die Stadt Markkleeberg einer Gruppe von Jugendlichen, die nach der ersten deutschen Diktatur gegen die im Entstehen begriffene zweite deutsche Diktatur aufbegehrte. Es waren zehn Oberschüler, überwiegend aus der Rudolf-Hildebrand-Schule, aber auch eine junge Frau und ein Hilfsarbeiter aus dem Benzinwerk Böhlen, alle zwischen 16 und 20 Jahren. Hinzu kam der Arzt Dr. Joachim Haager, der vor unüberlegten Aktionen warnte.

Mit Flugblättern versuchten die jungen Leute aufzurütteln gegen diese deutsche Diktatur nach sowjetischem Muster. Während der Leipziger Messe gelang es Polizisten der K5, zwei Jugendliche fest-

zunehmen. Tage später wurde die ganze Gruppe verhaftet und an die sowjetischen Behörden ausgeliefert. In der Endzeit der SBZ und Frühzeit der DDR wurden Schüler auch für kleinste politische „Vergehen“ hart bestraft, einige von ihnen mit dem Tode und andere mit langen Haftstrafen. Die sogenannten Prozesse fanden vor sowjetischen Militärtribunalen statt. Das war ein klarer Verstoß gegen § 10 Abs. 1 der Verfassung der DDR, der die Auslieferung von Gefangenen an eine fremde Macht ausschloß. Die Markkleeberger Schüler wurden 1950 von einem sowjetischen Militärtribunal in Dresden nach sowjetischem Strafrecht zu 25 und drei von ihnen zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt.

Am 17. Juni 2011 konnte Oberbürgermeister Dr. Bernd Klose vier von ihnen begrüßen: Brigitte Ebeling, Joachim Falk, Winfried Köhler und Harald Würz. Zusammen mit Schulleiter Ditmar Apel enthüllte der Oberbürgermeister eine Erinnerungstafel mit den Namen der damals verhafteten Oberschüler. Die eindrucksvolle Feier vor über 60 interessierten Zuhörern haben die Schüler der Rudolf-Hildebrand-Schule mitgestaltet. Die Gesamtorganisation und die Ausgabe einer Schrift lag in den bewährten Händen von Evelin Müller. (Lit.: Politisch verfolgte Schüler in Markkleeberg 1949. Markkleeberg 2011, 46 S.)

Gerald Wiemers

## Psychiatrie als Waffe

### Podiumsdiskussion über Psychiatrie-Mißbrauch in der DDR

Der Mißbrauch der Psychiatrie als Mittel zur Bekämpfung politischer Gegner ist ein bislang wenig beachtetes Thema bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft lud daher in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer renommierte Kenner sowie Opfer der DDR-Psychiatrie am 28. Juni 2011 zu einer Podiumsdiskussion in die Gedenkstätte Berliner Mauer. Wie sehr dieses Thema die Menschen auch über 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch beschäftigt, zeigte sich daran, daß mehr als 70 Interessierte trotz hochsommerlicher

Temperaturen den Weg in die Gedenkstätte Berliner Mauer fanden.

Als Zeitzeuge und Betroffener von Psychiatrie-Mißbrauch in der DDR berichtete Dr. Dietrich Koch im Podium von seinen Erlebnissen. Er gehörte Anfang der 70er Jahre zu jenen, die gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche protestierten und deshalb von den DDR-Sicherheitsorganen inhaftiert wurden. Im Unterschied zu seinen Haftkameraden wurde Koch jedoch in die Psychiatrie zwangseingewiesen, wo ihm auch hohe Dosen an Psychopharmaka verabreicht wurden. Nach seiner Freilassung und Abschiebung in die Bundesrepublik bescheinigten ihm die Ärzte, daß er gesund sei und keine Anzeichen einer psychiatrischen Erkrankung aufweise.

Dr. Stefan Trobisch-Lütge von der Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur führte aus, daß zu den in seiner Beratungsstelle Hilfesuchenden sowohl Menschen gehörten, denen psychologisch, also im Rahmen einer Gesprächstherapie geholfen werden könne, als auch Menschen, die psychiatrisch, also zumeist medikamentös behandelt werden müßten. Einen Fall von Zwangspsychiatrie habe es bislang in seiner Beratungsstelle noch nicht gegeben, was aber keine Rückschlüsse auf die Zahl der Fälle in der DDR zulasse.

Dr. Jörgen Fuchs, ehemaliger Leiter der Fachambulanz der Nervenklinik Schwerin sowie Mitglied der Kontrollkommission zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, erklärte, daß es zwar in einigen Orten und Kliniken in der DDR zum Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken gekommen sei, dies aber nicht auf die gesamte DDR übertragen werden könne. Manche psychiatrischen Behandlungsmethoden der 70er und 80er Jahre – gerade auch die operativen, mittels derer „erkrankte“ Hirnareale herausoperiert wurden – würden heute verbrecherisch erscheinen. Sie hätten damals aber dem Stand des medizinischen Wissens entsprochen und seien deshalb auch im Westen angewandt worden.

In der anschließenden Publikumsdiskussion meldeten sich weitere Opfer von Psychiatrie-Mißbrauch in der DDR zu Wort und berichteten über ihre Erfahrungen. Am Ende des Diskussionsabends waren sich alle Teilnehmer einig, daß die Aufarbeitung des Psychiatrie-Mißbrauchs erst am Anfang stehe.

Der UOKG-Bundesvorsitzende kündigte an, daß der Tonmitschnitt der Veranstaltung nach Möglichkeit verschriftlicht und damit der Aufarbeitung ein weiterer Impuls gegeben werden solle. Er dankte Carola Schulze für die hervorragende Organisation sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für ihre finanzielle Unterstützung der Veranstaltung.

Pitt Motheur

## Richtigstellung

(Nr. 5/2011, S. 15, „Ehrung“)

Das Lager Ketschendorf bestand von Ende April 1945 bis Februar 1947. Dort waren mehr als 10 000 Menschen im Alter von 12 bis 72 Jahren interniert. 4621 starben im Lager und wurden in Massengräbern verscharrt. 1952/53 wurden die Massengräber im Zusammenhang mit geplanten Baumaßnahmen und unter strenger Geheimhaltung geöffnet, die sterblichen Überreste geborgen und auf dem Waldfriedhof Halbe begraben. Die Grabplatten trugen die Aufschrift: Unbekannt, verstorben April 1945. Heute erinnern dort Steintafeln mit 4621 Namen an die Toten des Lagers Ketschendorf.

Eckhard Fichtmüller  
Vorsitzender d. Initiativegruppe Internierungslager  
Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V.

## Dritte Werner-Ihmels-Gedenkvorlesung

In einer Erklärung der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig anlässlich des 60. Todestages von Werner Ihmels (1926-1949) heißt es: „Werner Ihmels lebte und starb für eine Überzeugung, die seiner Universität und seinem Land eine Grundlage für einen Neuanfang geben sollte.“ Damit begründete die Theologische Fakultät die erste Werner-Ihmels-Gedenkvorlesung. Der Theologiestudent Werner Ihmels stand für Glaubens- und Meinungsfreiheit ein. Als er versuchte, Informationen über die wahren Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone an die im Herbst 1947 in London stattfindende Konferenz der Siegermächte zu übermitteln, erfolgte seine Verhaftung. Am 25. Juni 1949 starb Werner Ihmels im „Gelben Elend“ in Bautzen nach einem

mißglückten medizinischen Eingriff, der Füllung eines Pneumotoraxes. 1995 wurde er durch den russischen Militärstaatsanwalt rehabilitiert.

Die Werner-Ihmels-Gedenkvorlesung in diesem Jahr wies eine Besonderheit gegenüber den vorangegangenen auf: Einer der engsten Mitstreiter Ihmels', der damals 16jährige Horst Krüger, erinnerte an ihn. Seine lebendigen Ausführungen ließen die Persönlichkeit des großartigen, rhetorisch hochbegabten jungen Studenten ebenso aufleuchten wie die gemeinsame Zeit im Zuchthaus Bautzen. In kurzen treffenden Erklärungen hatten zuvor der Dekan der Fakultät, Klaus Fischen, und der Prorektor der Universität für Forschung und Nachwuchsförderung,

Matthias Schwarz, an die gegenwärtige und zukünftige Bedeutung von Ihmels als Vorbild der studentischen Jugend erinnert.

Michael Beleites, bis vor kurzem noch sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, hob in seinem allgemein gehaltenen Vortrag Werner Ihmels' Mut zum Widerstand und die Begründung einer neuen Tradition an der Universität Leipzig hervor, für die Namen wie Wolfgang Natonek und Herbert Belter stehen.

Unter den Gästen befanden sich Dr. Folkert Ihmels, Oberkirchenrat i.R., der Bruder von Werner, und, neben Horst Krüger, sein zweiter enger Mitstreiter, Dr. Wolfgang Weinoldt. Gerald Wiemers

## „Keine Zusammenarbeit mit der Jungen Welt!“

Offener Brief an die Parteivorsitzenden der Linken, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, sowie an den Vorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi

Am 13. August 2011, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, hat sich die Zeitung Junge Welt für die Errichtung des menschenverachtenden DDR-Grenzregimes bedankt. Auf ihrer Titelseite schrieb sie über einem Foto bewaffneter Kampfgruppenangehöriger vor dem Brandenburger Tor in großen Lettern: „Wir sagen an dieser Stelle einfach mal: Danke“. Darunter listet sie 13 vermeintliche Errungenschaften der DDR auf und bedankt sich unter anderem „für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe“.

An der Berliner Mauer kamen mindestens 136 Menschen zu Tode, im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen wurden etwa 11 000 Menschen gequält – das Titelblatt ist an Zynismus kaum zu überbieten. Da die Verherrlichung kommunistischer Verbrechen in Deutschland nicht verboten ist, stellen wir uns mit diesem Brief vor die Opfer von Mauer und Staatsicherheit.

Die Bundestagsfraktion Ihrer Partei unterstützt die Junge Welt mit Online-Anzeigen. Ihre innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke leitete jahrelang das innenpolitische Ressort. Viele prominente Vertreter Ihrer Partei schreiben immer wieder in dem Blatt oder geben dort Interviews – zum Beispiel:

Gesine Lötzsch, Parteivorsitzende, Klaus Ernst, Parteivorsitzender, Katja Kipp-

ling, stellvertretende Parteivorsitzende, Sahra Wagenknecht, stellvertretende Parteivorsitzende, Werner Dreibus, Bundesgeschäftsführer, Caren Lay, Bundesgeschäftsführerin, Raju Sharma, Bundesschatzmeister, Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Ulla Lötzer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Ulrich Maurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Jan van Aken, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag (2010), Petra Sitte, stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin im Deutschen Bundestag, Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Thüringen, Thomas Nord, Parteivorsitzender in Brandenburg, Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Wir fordern Sie deshalb auf zu erklären: Daß die Bundestagsfraktion der Linken die Junge Welt nicht mehr durch Anzeigen unterstützt!

Daß Sie und andere Politiker Ihrer Partei in der Jungen Welt keine Artikel mehr veröffentlichen!

Daß Sie und andere Politiker Ihrer Partei in der Jungen Welt keine Interviews mehr geben!

Daß der Bundesvorstand Ihrer Partei die Berichterstattung der Jungen Welt zum Mauerbau in einem Vorstandsbeschluss verurteilt!

Zu den Erstunterzeichnern gehören neben ehemaligen politischen Häftlingen u.a. bekannte Politiker von Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP, Bürgerrechtler, Schriftsteller, Publizisten, Künstler und Historiker. ■

## Kein Kommentar



Foto: Baldur Haase

In die „liebe DDR“ zurückversetzt fühlte sich der Fotograf Anfang Juli im Hauptgebäude der Rathahotels in Oberwiesenthal, Markt 15. Die Plakatkopien in den Schautafeln präsentierten sich den Gästen völlig kommentarlos.

# „Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung“

UOKG-Kongreß

**Sonnabend, 24. September 2011**

Rotes Rathaus Berlin,  
Eingang Jüdenstraße, Raum 338

Anläßlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus sowie der Zwangsumsiedlungsaktionen „Festigung“ und „Kornblume“ an der innerdeutschen Grenze soll der Blick auf die im Oktober 1961 und im Juni 1952 staatlich verordneten Zwangsaus-siedlungen entlang der innerdeutschen Grenze gelenkt werden, die der Verschärfung des DDR-Grenzregimes dienten und für 12 000 Menschen einen abrupten Heimatverlust unter traumatisierenden Umständen bedeuteten. Ebenso betrachtet werden die in Verbindung mit dem Mauerbau stehenden Zwangsräumungen und Zwangsumsiedlungen in der Bernauer Straße und im Berliner Umland.

Die damaligen Geschehnisse werden unter verschiedenen Aspekten beleuchtet: Zeitzeugen berichten über das Erlebte, Fachleute geben Auskunft über Ablauf, Hintergründe und rechtliche Einordnung der Zwangsaus-siedlungen. Die Zwangsaus-siedlungen als drastische Maßnahmen politischer Verfolgung und sich häufig daran anschließende Zersetzungsmaßnahmen führten bei den Betroffenen nicht selten zu gesundheitlichen Folgeschäden.

Auch dieser Aspekt wird Berücksichtigung finden. Der UOKG ist es ein wichtiges Anliegen, mit dieser Veranstaltung auf die für Zwangsausgesiedelte derzeit noch unbefriedigenden Rehabilitierungs- und Entschädigungsmöglichkeiten hinzuweisen.

## Programm

**11.00 Uhr:** Eröffnung des Kongresses durch Rainer Wagner, Bundvorsitzender der UOKG

**11.15 Uhr:** Die beiden Zwangsaus-siedlungen an der innerdeutschen Grenze, Inge Bennewitz, Publizistin

**11.55 Uhr:** Diskussion

**12.05 Uhr:** Zwangsaus-siedlung im eigenen Land – ein Zeitzeugenbericht, Ernst-O. Schönemann, 1. Stellv. d. UOKG-Bundvorsitzenden

**12.35 Uhr:** Psychische Beeinträchtigungen infolge Zwangsaus-siedlung – zwei Studien, Inge Bennewitz

**13.05 Uhr:** Diskussion

**13.15 Uhr:** Mittagspause/Imbiß

**14.00 Uhr:** Mahnung und Erinnerung an den Verlust der Heimat in Hohen Neuendorf 1961, Uwe Scholz, Zeitzeuge

**14.30 Uhr:** Waren die Zwangsaus-siedlungen an der innerdeutschen Grenze Deportation? Brigitta Kögler, Rechtsanwältin

**15.15 Uhr:** Diskussion

**15.30 Uhr:** Kaffeepause

**16.00 Uhr:** „In der Tasche die geballte Faust“. Die Bernauer Straße – meine Schicksalsstraße, Jörg Hildebrandt, Publizist u. Journalist

**16.30 Uhr:** Die Zwangsräumungen und Zwangsumsiedlungen in der Bernauer Straße, Dr. Gerhard Sälter, Historiker Gedenkstätte Berliner Mauer (angefragt)

**17.15 Uhr:** Abschlusßdiskussion

Tagungsgebühr: 10,- Euro, ermäßigt 5,- Euro inklusive Imbiß

Die Veranstaltung wird von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert.

Carola Schulze

## Buchenwaldtreffen 2011

Die Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V. führt gemeinsam mit dem Häftlingsbeirat für das Speziallager, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung am

**Sonnabend, dem 17. September 2011,** in der Gedenkstätte Buchenwald das 21. Buchenwaldtreffen durch. Wie in den vergangenen Jahren soll mit dem Treffen an das Speziallager Buchenwald erinnert werden, das die sowjetische Besatzungsmacht im KZ Buchenwald eingerichtet hatte.

### Vorläufiges Programm

**9.30 Uhr:** Abfahrt eines kostenlosen Sonderbusses ab Bahnhof Weimar nach Buchenwald

**10.00 Uhr:** Festansprache auf dem Gedenkplatz

**10.30 Uhr:** Grußworte der Ehrengäste

**11.15 Uhr:** Andacht mit ökumenischem Gottesdienst am Gedenkplatz

**11.45-13.00 Uhr:** Besuch der Ausstellung und Mittagspause

**13.00 Uhr:** Einführungsvortrag und Film „Das Speziallager Nr. 2 Buchenwald“ (Kinosaal)

**13.45-15.15 Uhr:** In Gruppen in der Jugendbegegnungsstätte, Berichte der Häftlinge des Speziallagers als Zeitzeugen und Diskussion

**15.30 Uhr:** Gemeinsames Abschlusßmeeting mit Anfragemöglichkeiten (Kinosaal)

**16.00 Uhr:** Ende des Treffens

**16.15 Uhr:** Rückfahrt des kostenlosen Sonderbusses nach Weimar

Von 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr und von 11.45 Uhr bis 12.30 Uhr fahren Shuttle-Busse zwischen Parkplatz und Gedenkplatz bzw. umgekehrt. In Ausnahmefällen können Besucher mit PKW in Abstimmung mit der Leitung der Gedenkstätte Buchenwald mit ihrem PKW in den Bereich des Gedenkplatzes fahren. In diesem Fall bitten wir diese, daß sie andere Besucher mitnehmen, weil die Parkmöglichkeiten im Bereich des Gedenkplatzes beschränkt sind und die Durchfahrt der Shuttle-Busse und von Rettungsfahrzeugen gewährleistet sein muß.

Gäste und Besucher sind bei allen Veranstaltungen herzlich willkommen.

Heidrun Brauer  
Vorsitzende

**Leserbrief****Begriffe klären**

Im Bericht „Europäische Aufarbeitung“ der Ausgabe 5/2011, Seite 10, wird von „Opfern des Kommunismus“, „Kommunistischer Vergangenheit“ und „Kommunistischer Diktatur“ geschrieben.

Tatsächlich aber waren die ehemaligen Länder des Ostblocks noch gar nicht im Kommunismus angelangt. Sie befanden sich auf dem Weg dahin und lebten noch im „Sozialismus“; zuletzt wohl im „real existierenden Sozialismus“. Es waren sozialistische Staaten mit kommunistischen Parteien. Wir waren demzufolge keine Opfer des Kommunismus, sondern die des Sozialismus mit der Diktatur des Proletariats. Was ein Kommunismus erst an Opfern fordern würde, kann man nach den Erfahrungen mit dem Sozialismus nur erahnen.

Die Klarheit im Umgang mit diesen Begriffen ist mir besonders deswegen wich-

tig, weil gegenwärtig, unbeirrt von den bekannten bitteren Erfahrungen, zwei deutsche Parteien die Vision eines demokratischen Sozialismus weiterhin verfolgen. Das heißt doch: in Zukunft keine Demokratie mehr, sondern eine Wiederholung des Sozialismus. Deshalb dürfen die Verbrechen des überwundenen Sozialismus nicht begrifflich mit einer Vision des Kommunismus verschleiert werden.

Karl Kolbe, Trebur

**Haftkrankenhaus**

(ghs)Nach mehrmonatiger Sanierung kann nun wieder das ehemalige Haftkrankenhaus der Staatssicherheit in Berlin Hohenschönhausen besichtigt werden. Rundgänge finden jeden Mittwoch um 13.00 Uhr statt. Eine Voranmeldung ist ebenfalls möglich, Tel. (030) 98 60 82 30. Der Eintritt kostet 5,- Euro, ermäßigt 2,50 Euro, für Schüler 1,- Euro.

**Neuwahl**

Am 30. Juli 2011 hat die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. einen großen Schritt in die Zukunft getan und in den dreiköpfigen Vorstand – als 1. und 2. Vorsitzenden – das erste Mal zwei jüngere Mitglieder gewählt, die nicht mehr zur Generation der Zeitzeugen gehören:

1. Vorsitzender – Joachim Krüger; 2. Vorsitzender – Michael Ney; Schriftführerin – Mariagnes Pense (wurde im Amt bestätigt);  
Kassenführer – Reinhard Klaus;

Beisitzer – Margitta Bergmann, Martina Guhde, Carl-Wolfgang Holzapfel, Prof. Vollrath Hopp, Tatjana von Stern und Waltraud Thiele;  
Kassenprüfer – Gerhard Gneist, Gerhard Taege

Victoria Heydecke

**Suchanzeigen****Wer kennt meinen Großvater?**

Werner Schwabe, geboren am 10. Dezember 1900 in Berlin-Steglitz, Beamter bei der Reichsbank, verheiratet, ein Sohn; vermutlich nach 1945 in Leipzig verhaftet, interniert im Speziallager Nr. 7 Oranienburg-Sachsenhausen, wahrscheinlich 1950 überstellt in die Haftanstalt Untermaßfeld, dort am 7. Mai 1950 verstorben.

Sie erreichen mich, Udo Schwabe, unter Tel. (054 01) 365 99 53 nach 19.00 Uhr oder per E-Mail unter udo.schwabe@osnanet.de

**Hoheneckerinnen!**

Nebenstehendes Foto wurde 1974/1975 von mir im Frauenzuchthaus Hoheneck gemacht. Erst im Jahr 2009 erhielt ich es zusammen mit zahlreichen Unterlagen aus dem Strafvollzug von der BIRTHLER-Behörde. Die Holzplatte mit der Nr. 11 war etwa 5 mm dick. Ich glaube, daß damals ausschließlich politische Häftlinge fotografiert wurden. Wer gehört zu dem Kreis der Fotografierten? Wer hat in seiner Akte ebenfalls solche Fotos vorgefunden? Wer kann Angaben machen, zu



Ellen Thiemann

welchem Verwendungszweck die Aufnahmen gemacht wurden? Es geht nicht um die „Verbrecherfotos“ aus der U-Haft, sondern einzig und allein um Bilder, die in Hoheneck gemacht wurden.

Wer von den Frauen aus Hoheneck hat in seinen BStU-Akten Hinweise auf Stasi-IMS unter den Mithäftlingen gefunden? Bei mir tauchte in den Unterlagen vom Frauenzuchthaus, die ich 2009 erhielt, eine Informantin mit Decknamen „Alexander“ auf.

Außerdem bitte ich um Mitteilung, wer Zeuge von Selbstmorden oder Versuchen während seiner Inhaftierung in Hoheneck geworden ist. Ich selbst habe in der Zeit von 1973 bis Mitte 1975 zwei Selbstmorde erlebt sowie diverse Versuche.

Informationen bitte an Ellen Thiemann, Türnicher Str. 12, 50969 Köln, E-Mail nc-thiema@netcologne.de

**Wer erinnert sich?**

Wer war im Mai 1948 und während der Berlin-Blockade im Heimkehrer-Entlassungslager Gronenfelde/Frankfurt(Oder) und kann mir darüber berichten? Wer erinnert sich an Fälle, in denen Heimkehrer 1948 in die Sowjetunion zurückgesandt wurden?

Wer war 1948 im DRK-Lager in West-Berlin, Am Sandwerder (am Wannsee, unter amerikanischer Leitung), oder kann mir von diesem Lager berichten? Im allgemeinen sollen dort Heimkehrer gesammelt worden sein, die keine Berliner waren. In Ost-Berliner Akten wird das Lager als „Spionenlager“ bezeichnet. Wenige Häuser weiter residierte General Lucius D. Clay.

Wer ist in der Sowjetunion deutschen Gefangenen begegnet, die 1948 in die Sowjetunion zurückgesandt wurden, oder kennt Lager, in die sie kamen?

Mein Vater, Gerhard Lüdicke, geb. 1910, verschwand spurlos. Wir erhielten allerdings im Mai 1948 ein Zeitungsfoto aus Frankfurt(Oder) zugesandt, auf dem er vor einer Berlin-Baracke in Gronenfelde als Heimkehrer zu sehen war. Deshalb suche ich noch immer.

Hinweise bitte an Annemarie Lüdicke, Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 15, 39261 Zerbst, Tel. (039 23) 48 51 51

## Fluchthilfe – durch Tunnel und mit falschen Pässen

Unmittelbar nach dem Bau der Mauer setzten von West-Berlin aus organisierte Aktionen ein, um Menschen aus der DDR in den Westen zu holen. Es waren besonders Dieter Thieme und Detlef Girmann (der damals im Sozialreferat der Freien Universität arbeitete), die zeitweise 30 bis 40 Akteure um sich wußten. Es spricht nur für sie, wenn die Propaganda Ost-Berlins diese „Girmann-Gruppe“ immer wieder als „Menschenhändler“ diffamierte, was teilweise auch im Westen geglaubt wurde. Die Wahrheit findet sich in einem fünfständigen Interview, dessen Tonbänder jahrelang als verschollen galten. Mehr durch Zufall wurden sie wiederentdeckt und für das vorliegende Buch verschriftlicht. Diese Niederschriften der Umgangssprache bereiten dem Leser oft Mühe. Um so mehr wird er entschädigt durch sehr interessante Informationen über die ersten Anfänge organisierter Fluchthilfe, ihrer Methoden und Erfolge.

Schon in den Tagen unmittelbar nach jenem 13. August, als die Absperrungen noch aus bloßen Stacheldrahtverhauen bestanden, kam spontan der Gedanke auf, man müsse Fluchtwilligen aus dem Osten helfen. In der heutigen, eher materialistisch geprägten Zeit ist es schwer nachzuvollziehen, daß es Menschen gab, die ihre selbst gewählte Pflicht erfüllten und ihre Freiheit aufs Spiel setzten, nur um anderen, ihnen völlig unbekannt Personen zu helfen. Sowohl Girmann als auch Thieme stammten aus der DDR und hatten angesichts ihrer Erfahrungen mit der NS-Zeit gegen die erneute Diktatur seitens der SED in ihren Heimatorten illegalen Widerstand geleistet: Sie hatten Flugblätter des SPD-Ostbüros und der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit aus West-Berlin verteilt und eingehend das Buch „1984“ von George Orwell gelesen, das als Klein-Broschüre auf Dünndruckpapier – äußerlich getarnt als „H. Heine – 1848“ – in die DDR geschmuggelt worden war. Ihr Motiv für das Leisten von Fluchthilfe war vor allem ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Deutschen jenseits der Mauer. Während

der eine von ihnen primär die Notlage der Menschen sah und einfach aus Selbstlosigkeit heraus handelte, trieb den anderen die politische Gegnerschaft zur DDR-Diktatur in den bewußten Widerstand.



Anfangs war Fluchthilfe durch einfache Tricks mit Passierscheinen Ost-Berlins möglich. Dann mußten westdeutsche Pässe herhalten, auf denen die Fotos eine Ähnlichkeit mit den Fluchtwilligen aufzuweisen hatten, die ohnehin mit einem neuen Erscheinungsbild (speziell die Kleidung) als Bundesdeutsche auszustatten waren. Eine keineswegs leichte Arbeit, aber immer wieder fanden sich helfende Hände. Es gab indes auch Westdeutsche, die eine leihweise Überlassung ihrer Unterlagen schimpfend verweigerten, weil solche Aktionen „gegen Gesetz und Ordnung“ verstießen. Überaus erfolgreich war die Benutzung von 500 ausländischen Pässen. Es ist für Historiker zu bedauern, aber im Zeichen damaliger Geheimhaltung vielleicht verständlich, wenn das Buch letztlich mit konkreten Einzelheiten sparsam ist. Vielen Flüchtlingen gelang es, durch die anfangs noch ungeteilte Kanalisation der geteilten Stadt den Westen zu erreichen. Bekannt sind die unter großen Mühen ge-

bauten Tunnel unter der Grenzlinie, durch die ganze Gruppen entkommen konnten. Durch Lücken im Ost-Berliner Kontrollsystem gelang es der Fluchthelfer-Gruppe auch längere Zeit, DDR-Bewohner auf der Fähre von Warnemünde nach Schweden zu bringen.

Die Unkosten brachten die beiden Idealisten aus eigener Tasche auf. Bei ehemaligen DDR-Studenten, die in West-Berlin ein „Start-Geld“ erhielten, sollte die Hälfte davon an die Gruppe gehen. Schließlich war man gezwungen, von den Geflohenen Geld zu verlangen. Das hatte man immer vermeiden wollen, zumal die Flüchtlinge im Westen vor einem neuen Anfang standen. Vereinzelt kamen private Geldspenden, wie etwa 10 000 DM von Axel Springer. Niemals aber gab es Unterstützung durch staatliche Institutionen. Bitter vermerkt das Buch dann auch über die Behörden des West-Berliner Senats: „...die für solche Bürgerhilfe, wenn es hoch kam, Verlegenheit aufbrachten statt Unterstützung...“

Angesichts wachsender Schulden beendete die Gruppe nach drei Jahren ihre Tätigkeit. Ein weiterer Grund waren die wachsenden Mißerfolge: Dem MfS gelang die Einschleusung von zwei Spitzeln in den Kreis. Um dort Vertrauen zu gewinnen, brachten sie mit Einverständnis der DDR-Staatssicherheit einige Flüchtlinge in den Westen, um danach nahezu 100 Fliehende zu verraten.

Man weiß, der Gruppe um Dieter Thieme und Detlef Girmann ist es zu verdanken, daß mehr als 1000 DDR-Bewohner ihren Weg in die Freiheit gehen konnten. Einen Dank von offizieller Stelle hat sie allerdings bis heute – 50 Jahre danach – nicht erfahren.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....  
*Uwe Johnson: Ich wollte keine Frage ausgelassen haben. Gespräche mit Fluchthelfern, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2010, 246 S., 22,80 €*  
 .....

## Zwischen Anarchie und Nationalstaat

(AT) „Power to the People – Leipzig zwischen Anarchie und Nationalstaat“ ist eine Internetausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V. und der Bundesstiftung Aufarbeitung. 1989/90 beendete die Selbstbefreiung der Völ-

ker Mittel- und Osteuropas die Blockkonfrontation. Das jeweilige historische Selbstverständnis der einzelnen Länder führte zur Bildung neuer Staaten bzw. wie im Fall der DDR zur Auflösung. Doch zunächst galt das Alte nicht mehr und

das Neue noch nicht. In diesem Jahr des Machtvakuum wurden ungeheure Kräfte freigesetzt, phantastische Ideen entwickelt, Begehrlichkeiten entstanden und Gewohnheiten mußten aufgegeben werden. Diese Situation brachte ein Eng-



## Veranstaltungen

13.9. (Di), 18.00 Uhr:

**Widerstand und Verfolgung im Zuge des Mauerbaus 1961 im heutigen Land Brandenburg.** Veranstaltung mit der Brandenburger Aufarbeitungsbeauftragten Ulrike Poppe; Ort: Bürgerhaus Bad Liebenwerda, Burgplatz 1, 04924 Bad Liebenwerda

15.9. 19.00 Uhr:

**„Ständige Vertretung – Meine Jahre in Ost-Berlin“** Lesung u. Gespräch mit dem Autor Min. A.D. Hans-Otto Bräutigam; Veranstaltung d. Potsdam Museums – Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

15.9. (Do), 19.30 Uhr:

**„Risse im Land“ – „Die Schuld der Mitläufer“.** Filmvorführung u. Lesung mit Sibylle Schönemann, Regisseurin, Roman Grafe, Herausgeber, Ulrike Poppe, LAKD; Veranstaltung d. LAKD u.a.; Ort: Thalia Filmtheater, Rudolf-Breitscheid-Str. 50, 14482 Potsdam

20.9. (Di), 19.00 Uhr:

**Fünf Weihnachten hinter Stacheldraht.** Eine Jugend in sowjetischen Terrorlagern. Wolfgang Lehmann berichtet als Zeitzeuge. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

20.9. (Di), 19.00 Uhr:

**Zwangsauassiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR.** Zum 50. Jahrestag der „Aktion Festigung“. Veranstaltung d. LAKD u.a.; Ort: DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum Perleberg, Feldstr. 98, 19348 Perleberg

20.9. (Di), 20.00 Uhr:

**Eingesperrt!** Die Stasi und die Reaktionen auf den „Mauerbau“ 1961 im Bezirk Rostock. Vortrag v. Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Haus des Gastes, Am Kurpark 9, 18586 Ostseebad Baabe

21.9. (Mi), 19.00 Uhr:

**Schwarzwohnen in der DDR** – zwischen Anarchistischer Gegenkultur und bürgerlicher Selbsthilfe. Buchpräsentation d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Vertretung d. Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin

22.9. (Do), 11.30 Uhr:

TV-Sendung **65. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen** am 4. September 2010. Teil I, Ökumenischer Gottesdienst und Grußworte; Filmdokumentation v. Detlef u. Margarita Stein; History TV d. O EZ Berlin, Berliner Kabelnetz, TV-Sender ALEX, Videostream [www.alex-berlin.de](http://www.alex-berlin.de)

gement der Menschen hervor wie später nicht wieder.

Am Beispiel Leipzigs wird die Dynamik eines Aufbruchs erzählt. Die Präsentation ist zu sehen auf [www.deutsche-einheit-leipzig.de](http://www.deutsche-einheit-leipzig.de) – unbedingt reinschauen!

## Ulbrichts Mauer

(VT)Als vor fünfzig Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, die Berliner Mauer gebaut wurde, zweifelte niemand daran, daß die Fäden in Moskau gezogen worden waren. Zu abhängig waren die beiden deutschen Teilstaaten von ihren „großen Brüdern“ USA und Sowjetunion. Anhand erstmals ausgewerteter Quellen kann die US-Historikerin Hope M. Harrison nun nachweisen, daß es von Anfang an SED-Chef Ulbricht und seine Parteiführung waren, die den Bau der Mauer betrieben.

Harrison hat für die Zeit von Stalins Tod 1953 bis zum Mauerbau 1961 alle einschlägigen Akten in Moskau und Berlin eingesehen. Minutiös rekonstruiert sie, welche Grenzschießszenarien die Ost-Berliner Führung über die Jahre hinweg durchzusetzen versucht hat, welche taktischen Winkelzüge sie gegen Moskau anwandte und wie die KPdSU-Führung unter Chruschtschow schließlich ihre ablehnende Haltung aufgab und, wenn auch zähneknirschend, dem Mauerbau zustimmte.

.....  
*Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer, Propyläen Verlag 2011, 384 S., 24,99 €*  
.....

## Der Weg zur Mauer

(VT)Der lange Weg zur Berliner Mauer begann 1945. Stalin beauftragte die KPD in der Sowjetischen Besatzungszone, die Macht zu übernehmen, die drei Westmächte sicherten ihren Einflusbereich. 1949 entstanden zwei deutsche Staaten, wobei Berlin in vier Sektoren geteilt blieb und West-Berlin fortan wie ein erratischer Block und ein Schaufenster des Westens mitten in der DDR lag.

Nach dem gescheiterten sowjetischen Versuch, die Alliierten durch eine Blockade 1948/1949 aus West-Berlin zu vertreiben, folgte 1958 bis 1960 die zweite Berlin-Krise, bei der Moskau ultimativ den

Abzug der Westmächte und die Schaffung einer „Freien Stadt Berlin“ verlangte.

Für die Rekonstruktion der internationalen Vorgeschichte des Mauerbaus und der genauen Abstimmung zwischen Chruschtschow und SED-Chef Walter Ulbricht konnte der Autor erstmals die Gesprächsprotokolle zwischen den beiden Partei- und Staatschefs nutzen, die bislang der Forschung nicht zugänglich waren. So kommt Manfred Wilke zu dem Schluß, daß die Entscheidung zur Grenzschießung durch Nikita Chruschtschow fiel.

.....  
*Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 472 S., 39,90 €*  
.....

## Die Mauer

Der Untertitel „Fakten, Bilder, Schicksale“ des vorliegenden Buches weist bereits auf seine wesentlichen Gestaltungsmerkmale hin. Vorgeschichte der Mauer, Bau, Entwicklung des Grenzregimes, Fluchten, Leben in ihrem Schatten und schließlich Fall, Aufarbeitung und Erinnerung werden anhand zahlreicher Fakten, überaus sehenswerter, teilweise großformatiger Fotos und Abbildungen, vor allem aber biographischer Skizzen erzählt. Die Mauer als lebensverändernden Einschnitt haben vor allem Flüchtlinge, Fluchthelfer und Angehörige von Mauertoten, aber auch Grenzsoldaten ganz persönlich erlebt. Dabei werden historische Fotos in den meisten Fällen von einem Bild des Zeitzeugen aus der Gegenwart ergänzt. Den 136 bisher nachgewiesenen Toten der Mauer ist eine chronologische Übersicht mit Namen, Geburts- und Todestagen sowie Umständen ihres Todes gewidmet.

Das ebenso informative wie emotional bewegende Buch ist Bildband, Sammlung authentischer Lebensgeschichten und Geschichtsbuch in einem. Auch Kenner der Materie werden hier noch Neues finden. Ein sehr gelungener, zum Blättern und Durchlesen gleichermaßen geeigneter Band, der im guten Sinne des Wortes wirklich etwas für die ganze Familie ist.

Gertrud Röder

.....  
*Kai Diekmann (Hg.), Ulrich Mählert, Ralf Georg Reuth, Hans-Wilhelm Saure: Die Mauer. Fakten, Bilder, Schicksale, Piper Verlag 2011, 203 S., 14,99 €*  
.....

## Workuta – Die Hölle um uns



Die Autorin weiß, wovon sie schreibt. Ursula Rumin, 1923 geboren, wurde 1952 verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die sie bis 1954 im Straflagergebiet Workuta verrichten mußte.

Ihr neuer dokumentarischer Roman handelt von einem jungen Paar aus Berlin: Elisabeth aus West-Berlin und Thomas, ein junger Arzt an der Charité in Ost-Berlin. 1951 werden beide am gleichen Tag, jedoch getrennt verhaftet. Sie sehen sich erst im Gefängnis wieder, Thomas befindet sich in desolatem Zustand. Natürlich ist es ein bewußt herbeigeführtes Treffen. Elisabeth ist entsetzt, denn Thomas wurde offensichtlich gefoltert. Beide werden beschuldigt, Agenten des amerikanischen Geheimdienstes zu sein, was beide von sich weisen. Doch es nützt ihnen nichts. Unter üblen Beschimpfungen und Drohungen, Schlägen und Karzeraufenthalten im Gefängnis von Berlin-Hohenschönhausen versucht man, ihnen das Eingeständnis von Straftaten abzurufen. Sie haben nichts zu gestehen, und doch lautet für beide das Urteil des Tribunals: 25 Jahre Arbeitslager.

Bald geht es auf Transport Richtung Osten, zunächst zu einem Zwischenaufenthalt in der berüchtigten Moskauer Butyrka. Die Waggons haben Milchglasscheiben und tragen die Beschriftung „Schlafwagen“. Von Schlafen kann jedoch kaum die Rede sein, so dicht sind die kleinen Zellen drinnen mit Menschen vollgestopft. Bald geht es weiter Richtung Norden nach Workuta ins Polargebiet am Eismeer, wo Männer und Frauen schwerste Zwangsarbeit leisten müssen. Ein kurzer Sommer beginnt hier Mitte Juni, im September bricht schon wieder der Winter ein.

Aus den Notgemeinschaften der Häftlinge entstehen manchmal auch Freund-

schaften, und dankbar wird registriert, wenn mitleidige sowjetische Bewacher oder Ärzte helfen – so gut sie gefahrlos helfen können. Die Arbeit ist äußerst hart, kostet immer wieder Menschenleben, aber: es gibt ja stets genügend Nachschub.

Zwangsarbeit bedeutet auch für die Frauen Tätigkeiten im Freien bei minus 60 Grad Celsius oder Schachtarbeiten unter unmenschlichen Bedingungen. Männer und Frauen sind getrennt durch Mauern in ihren Barackenlagern untergebracht. Gelegentlich gibt es Verständigungsmöglichkeiten durch mit Nachrichten versehene Wurfgeschosse. Auf diese Weise können sich auch Elisabeth und Thomas zu kurzen Treffen an einem Loch in der Mauer verabreden. Aus diesen Momenten der Gemeinsamkeit schöpfen beide immer wieder Kraft. Und sie planen in ihrem Elend eine gemeinsame Zukunft.

Im Sommer 1953 kursiert das Gerücht, im Lager Norilsk sei ein Häftlingsaufstand ausgebrochen. Diese Nachricht verbreitet sich schnell in den vielen, über die ganze Sowjetunion verstreuten Lagern des Gulags. Sie erreicht auch Workuta, wo Häftlinge heimlich den Generalstreik planen und Freiheit fordern. Das Militär rückt an und schießt mit Maschinengewehren in die unbewaffnete Menge. An die 500 Gefangene werden dabei getötet.

1955 reiste der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Moskau zu Gesprächen über die Aufnahme gegenseitiger diplomatischer Beziehungen. Sein Einverständnis hatte er davon abhängig gemacht, daß eine Entlassung der deutschen Gefangenen in der Sowjetunion erreicht würde. Adenauer mußte erst mit Abreise drohen, um die Zusicherung zu erhalten. Im Herbst 1955 rollten dann die ersten Waggons mit

## Veranstaltungen

22.9. (Do), 19.00 Uhr:

„**Mein bester Freund wohnt auf der anderen Seite**“. Konzertante Lesung von u. mit Stephan Krawczyk; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

24.9. (Sa), 11.00-18.00 Uhr:

**Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung**. Kongreß der UOKG; Ort: Rotes Rathaus Berlin, Eingang Jüdenstr., Raum 338

25.9. (So), 19.30 Uhr:

**Der unbekannt Ort**. Die „Sondersicherheitszone“ Klein-Glienicke. Mit Peter Rohn u. Rolf Hirche; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Orangerie d. Schlosses Glienicke, Königstr. 36, 14109 Berlin

26.9. (Mo), 19.00 Uhr:

**Aktion „Festigung“**. Podiumsdiskussion d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

27.9. (Di), 19.30 Uhr:

**Das System Unfreiheit**. Ausbürgerung aus der DDR – Freiheit in West-Berlin. Mit Jo Strauss, Autor, und Detlef W. Stein, Verleger; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Wolfdietrich-Schnurre-Bibliothek, Bizetstr. 41, 13088 Berlin

28.9. (Mi), 18.30 Uhr:

**Erinnerung und Gesellschaft**. Formen der Aufarbeitung von Diktaturen in Europa. Podiumsdiskussion d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Teilnahme nur nach Anmeldung: jutta.kehrer@lv.hessen.de; Ort: Hessische Landesvertretung Berlin, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin

29.9. (Do), 11.30 Uhr:

TV-Sendung **65. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen** am 4. September 2010. Teil II, Vorträge zur Geschichte des Lagers und der SBZ/DDR; Filmdokumentation v. Detlef u. Margarita Stein; History TV d. OEZ Berlin, Berliner Kabelnetz, TV-Sender ALEX, Videostream [www.alex-berlin.de](http://www.alex-berlin.de); Wdhlg. 1.10., 6.00 Uhr

29.9. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

**Besuchertag**. 18.00 Uhr: Lesung „Die Schuld der Mitläufer“ – Anpassen oder Widerstehen in der DDR. Von Roman Grafe; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

29.9. (Do), 18.00 Uhr:

**Eingesperrt!** Die Stasi und die Reaktionen auf den „Mauerbau“ 1961 im Bezirk Rostock. Vortrag v. Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Greifswald, Martin-Luther-Str. 7a, 17489 Greifswald

29.9. (Do), 19.00 Uhr:

„**freiheit ist ein wagnis ins ungewisse**“

### Buchtips

Die ersten beiden Bände einer Reihe der Stiftung Berliner Mauer beleuchten zentrale Stationen des deutsch-deutschen Fluchtgeschehens und ergänzen sich in ihren jeweiligen Sichtweisen aus Ost und West.

#### Fluchtziel Freiheit

Berichte von Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau.

Von Maria Nooke und Lydia Dollmann (Hrsg.)

Chr. Links Verlag, Berlin 2011, 136 S., 14,90 €

#### Nahaufnahme

Fotografierter Alltag in West-Berliner Flüchtlingslagern

Von Clemens Niedenthal

Chr. Links Verlag, Berlin 2011, 96 S., 12,90 €

v. Alexander u. Philipp Neumann. Ausstellungseröffnung mit Lesung aus dem Roman „Wendemaske“ v. Alexander Neumann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

3.10. (Mo), 10.00-18.00 Uhr:

**Tag der offenen Tür.** Führungen u. Zeitzeugengespräche. 15.00 Uhr: „Kennwort Alpenveilchen“. Lesung u. Gespräch mit Dieter Drewitz; Veranstaltung d. Potsdam Museums – Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

5.10. (Mi), 18.00 Uhr:

**Die Kirchen und ihr „politisches Mandat“.** Polen 1980 – DDR 1989 – heute. Podiumsdiskussion mit Stephan Bickhardt, Maryna Czaplinska, Friedel Fischer, Christian Führer, Adam Krzeminski, Liane Plotzitzka-Kämpf, Frank Richter; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Volkshochschule Leipzig, Löhrrstr. 3-7, 04105 Leipzig

5.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**„Die Vergessenen. Tod, wo andere Urlaub machen“.** Dokumentarfilm v. Freya Klier u. Andreas Kuno Richter; Filmpräsentation d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.10. (Do), 19.00 Uhr:

**Deutsche Gerechtigkeit.** Prozesse gegen DDR-Grenzschützer und ihre Befehlsgeber. Lesung mit Roland Grafe, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtkirche St. Maximi, Am Entenplan 2, 06217 Merseburg

7.10. (Fr), 19.00 Uhr:

**Vergeben, vergessen und vorbei?** Versöhnung nach der Diktatur. Podiumsdiskussion mit d. Bundesbeauftragten f. d. Stasi-Unterlagen, Roland Jahn; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Gethsemanekirche, Stargarder Str. 77, 10437 Berlin

11.10. (Di), 19.00 Uhr:

**Politische Justiz gegen Studenten der DDR.** Der Dresdner Prozeß 1959. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Matthias Lienert u. Dr. Hanns-Lutz Dalpke; Veranstaltung d. DIZ Torgau; Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Schloßstr. 27, Torgau

Vorschau

14.10. (Fr), 13.00-18.00 Uhr:

**Teilung, Unrecht, Aufarbeitung.** Tagung d. Niedersächsischen Ministeriums für Sport u.d. VOS Niedersachsen; Anmeldung bis spätestens 30.9.2011 an: Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Referat 45, Postfach 221, 30002 Hannover, E-Mail mi-referat-45@mi.niedersachsen.de, Fax (05 11) 120 99 46 64; Ort: Akademie des Sports, Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover

Häftlingen Richtung Westen. Im Frühjahr 1957 teilte der stellvertretende Generalstaatsanwalt der UdSSR mit, daß bis Ende des Jahres 1955 70 Prozent aller Gefangenen aus den Lagern in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden seien.

Dieses empfehlenswerte Buch hätte durch eine Karte der Sowjetunion mit Übersicht der einzelnen Lagerstandorte noch gewonnen.

Sybille Krägel

.....  
*Ursula Rumin: Die Hölle um uns. Leben im GULag, Verlag Frieling & Huffmann 2010, 160 S., 10,- €*  
.....

## Film

# „Die Vergessenen – Tod, wo andere Urlaub machen“

Während die Todesfälle an der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer weitgehend erforscht sind, gibt es kaum Dokumentationen über die Todesfälle von DDR-Flüchtlings in Bulgarien. Mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Katholischen Kirche entstand nun dieser erschütternde Dokumentarfilm. Die beklemmende Musik zum Film komponierte Michael Proksch, der selbst beim Fluchtversuch an der bulgarischen Grenze festgenommen wurde. Dem Kameramann Stefan Linn gelangen beeindruckende Bilder, denen man sich kaum entziehen kann. Es gab Behinderungen bei den Dreharbeiten, wie Regisseurin Freya Klier berichtet, auch die Archivalien zu den Todesfällen sind nicht alle frei zugänglich.

Kein einziger Grenzsoldat oder Offizier wurde in Bulgarien bis heute für die Tötung von Flüchtlingen juristisch belangt. Selbst gegen die Leichen der Erschossenen wandte sich noch die Rache der Grenzer. So wurden zwei tote Flüchtlinge öffentlich durch ein bulgarisches Dorf geschleift – auch, um die eigene Bevölkerung einzuschüchtern. In der DDR wurde den Angehörigen die wahre Todesursache verschwiegen, die Trauerfeier durfte nur im engsten Familienkreis stattfinden.

Dieser besonders empfehlenswerte Film hätte es verdient, auch in ARD und ZDF im frühen Abendprogramm gezeigt zu werden.

Anton Odenthal

## Ankündigung

Ernst-O. Schönemann: **Der Wurzeln beraubt. Zwangsaussiedlung 1961 und die Folgen.**

.....  
*Das Buch der Edition DDR-Geschichte des OEZ Berlin-Verlages erscheint im September 2011; ca. 376 S. 19,90 €*  
.....

Lesern des „Stacheldraht“ wird bis zum 31. Oktober 2011 ein Rabatt von 20 Prozent gewährt. Bestellung über E-Mail Vertrieb@osteuropa-zentrum.de, Tel. (030) 993 93 16 oder Fax (030) 99 40 18 88

## Das Zitat

Bei keiner Gelegenheit wird so viel gelogen als nach der Jagd, während eines Krieges und vor einer Wahl.

Otto v. Bismarck

### UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

**Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben**

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufo am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

Die Redaktion

Aus banktechnischen Gründen können die Spender für den BSV erst in der nächsten Ausgabe aufgeführt werden.

**Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben**

Rosemarie Badock, Klaus Bohlken, Peter Briedigkeit, Jörg u. Ursula Heinrich, Eva Irmisch, Gerhard Knorr, Klaus Krüger, Uwe Malcharek, Alfred u. Erika Metag, Werner Minkenberg, Christa Petzold, Eike Christine Radewahn, Renate u. Lothar Scholz, Udo Schwabe, Norbert Sommer, Jürgen Stahf, Harald Steinke, Gabriele Streckfuß, Gisela Wollscheid, H. Wüstemann, Horst u. Ingrid Ziesche

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708  
48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck  
„Stacheldraht-Spende“

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

**BSV-Förderverein für Beratungen**

Geschäftsstelle  
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,  
10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,  
Haus 14, 10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 32  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48,  
Nr. 665 52 45 01

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Verbandekoordination: Carola Schulze,  
Florian Kresse  
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,  
Tel. (030) 55 77 93-51  
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,  
10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,  
Haus 14, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

**Impressum DER STACHELDRAHT**

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31  
E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Verlag:** Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,  
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 300

**Herstellung und Vertrieb:** Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin  
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 26. August 2011

